

Suchergebnisse: Verwaltung

-1750 – Der Codex Hammurabi regelt den Bierausschank

Babylonien * Der babylonische König Hammurabi lässt eine umfangreiche Gesetzessammlung auf einer monumentalen Stele festhalten. Seine Regierungszeit wird – je nach verwendeter Chronologie – unterschiedlich datiert; häufig wird sie mit etwa 1792 bis 1750 v. Chr. angegeben. Der sogenannte Codex Hammurabi enthält auch Vorschriften für Schankwirtinnen und den Verkauf von Bier. Er regelt unter anderem Preise, Zahlungsmittel und Strafen bei Verstößen. Die oft genannten täglichen Bierrationen für Arbeiter, Beamte und Priester stammen jedoch nicht aus dem Codex selbst. Solche Zuteilungen sind aus anderen mesopotamischen Verwaltungsaufzeichnungen bekannt und richten sich nach Tätigkeit und gesellschaftlicher Stellung. Bier dient in Babylonien als Grundnahrungsmittel, Genussmittel, Opfergabe und Bestandteil medizinischer Zubereitungen. Mit heutigem Bier ist es nur bedingt vergleichbar: Es wird aus verschiedenen Getreidesorten hergestellt, häufig ungefiltert getrunken und kann mit weiteren Zutaten versetzt sein. Die Stele des Codex Hammurabi wird 1901/1902 bei Ausgrabungen in Susa im heutigen Iran entdeckt. Sie besteht aus schwarzem Basalt und befindet sich heute im Louvre in Paris. Der Codex zählt zu den ältesten und umfangreichsten erhaltenen Gesetzessammlungen, ist jedoch nicht die älteste bekannte Gesetzessammlung der Welt.

1140 – Das umfangreiche Imperium der Tempel-Ordensritter

Paris * Die Templer besitzen ausgedehnte Ländereien in Frankreich, England, Schottland, Spanien, Portugal, Flandern, Italien, im Deutschen Reich, Ungarn und in der Levante. Geschenkt wird ihnen vor allem für die Ablösung von Sünden sowie das Seelenheil des Spenders und seiner Angehörigen. Durch Tausch, Verkauf und Erwerb optimieren die Templer die Ertragslage ihrer Schenkungen zu wirtschaftlich lukrativen Gebilden. Da ihre Besitzungen hohe Renditen erwirtschaften, fließen dem Ritterorden daraus reichliches Einkommen zu. Viele ihrer landwirtschaftlichen Gründe haben sie verpachtet. Nur wenn sich die Ertragslage der Böden wirklich rentiert, dann bearbeiten sie diese auch in Eigenbewirtschaftung. Dafür holen sie sich eigens qualifizierte Spezialisten. In Spanien und auf den Balearen beschäftigen die Tempelherren dafür sogar geschickte Muslime. Durch ihren Kontakt zur jüdischen und islamischen Welt sind die Tempelherren recht weltoffen und für neue Wissenschaften und Ideen empfänglich geworden. Der Orden besitzt die fortschrittlichste Technologie der Zeit: im Bereich der Landwirtschaft, des Vermessungswesens, des Straßenbaus und der Schifffahrt. Die



Templer veranlassen die Bewässerung des Rio-Cinca-Tales in Aragón, den Bau eines Mühlensystems an der Aude und die Einführung des vierjährigen Fruchtwechsels in der Normandie. Mit Mühlen lässt sich ebenso viel Geld verdienen wie mit dem Weinanbau in Portugal. Der Wein wird bis nach England verkauft. Auch die Templer-Schiffe bringen einen erheblichen Gewinn. Den Ordensrittern gehören eigene Häfen, Werften und Schiffe. Sie sind die Ersten in Europa, die mit einem Magnetkompass ausgestattet sind. Selbst die der europäischen weit überlegene arabische Medizin ist den Templern nicht fremd. In den Krankenhäusern des Ordens kommen moderne Prinzipien wie Hygiene und Sauberkeit zum Tragen und sogar das Wissen um die antibiotische Wirkung von bestimmten Pilzen ist vorhanden. Die Tempelherren sind also keineswegs reine Haudraufs. Neben ihren kriegesischen, politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten betreiben sie auch noch Geldgeschäfte. Sie sind die einzigen Christen, die aufgrund eines weiteren päpstlichen Privilegs Geld gegen Zinsen verleihen dürfen. Dadurch können sie einen gewaltigen Reichtum anhäufen. Und da, um seine Wertgegenstände aufzubewahren, nichts so sicher und unverletzlich ist wie ein gottgeweihtes Haus und nichts mehr Vertrauen erweckt als die Templer-Burgen, die von hohen Mauern geschützt, von Ritter-Mönchen verteidigt vor jedem Angriff sicher scheinen, dienen diese bald als Tresore für Kostbarkeiten von weltlichen und geistlichen Herren. Sie werden zu Depots für Wertgegenstände, Schmuck und Geld, die den Grundstock des immer noch gesuchten Tempelerschatzes bilden. Die Templer verwalten die Depots ihrer Kunden, die damit über ein laufendes Konto verfügen. Sie können Geld abheben, Zahlungen durch einen simplen Brief an den Schatzmeister entrichten und erhalten darüber hinaus drei Mal jährlich einen Kontoauszug zugeschickt. Zu jedem trogähnlichen Geldschrank gibt es, ähnlich wie bei den heutigen Bankschließfächern, zwei verschiedene Schlüssel. Je einen für den Hüter der kirchlichen Kostbarkeiten und dem Depotinhaber. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Depots der Templer absolut sicher, da geldgierige Herrscher nur ganz selten ihre Finger nach ihnen ausstrecken. So können sich die Niederlassungen der Templer in Europa und im Nahen Osten zu Zentren des Finanzwesens entwickeln und das Pariser Ordenshaus, der Temple, zum europäischen Finanzzentrum. Der König von Frankreich vertraut beispielsweise im 13. Jahrhundert seine Kronjuwelen der Obhut der Pariser Templer an. Die Finanzspezialisten der Tempelherren führen bald fortschrittliche Techniken im Kreditwesen und in der Buchführung ein. Sie entwickeln den bargeldlosen Zahlungsverkehr und führen den Wechselbrief und den Scheck in Europa ein. Wer also in einem Ordenshaus eine Summe einahlt, kann sie nach Vorlage der Kassenanweisung in einer weit entfernten Komturei wieder in Empfang nehmen. Der Orden kassiert dafür lediglich Gebühren und verdient an den Zinsen. Doch wird dadurch der risikoreiche Transfer von Münzgeld fast völlig entbehrlich. Neben der einfachen Vermögensverwaltung für Dritte betreibt der Templer-Orden auch Geldleihe, wodurch er die eigenen Gelder und die ihnen durch Dritte anvertrauten Einlagen arbeiten lässt. Alle Klöster und Konvente fungieren deshalb als Leihkasse.



An Bauern verleihen die Templer kleinere Summen, damit diese einen Engpass überbrücken können, Kaufleuten geben sie größere Kredite. Als Sicherheit ziehen sie Grundbesitz heran. Gibt es bei der Rückzahlung des Kredits Probleme, dann halten sie sich an den Ländereien des Schuldners schadlos. Zwar passen die Finanzaktivitäten des Templer-Ordens nicht zu ihrer religiösen Berufung, es ist aber die allgemein den Ritterorden aufgetragene Mission, die sie auch in diesem Bereich tätig werden lassen. Auch die Johanniter, der Deutsche Orden und selbst die traditionellen Mönchsorden betätigen sich ähnlich, allerdings auf einer wesentlich niedrigeren Stufe. Um im Orient überleben zu können, muss der Templer-Orden über umfangreiche Finanzmittel verfügen und all seine Einkünfte weitestgehend in Geld verwandeln. Sie kaufen dazu auf Märkten und Messen möglichst viele Rechte und Monopole, die ihnen wiederum Einnahmen sichern. So wird zum Beispiel das ausschließliche Wiegerecht, das der Orden vom Grafen der Champagne erwirbt, sehr zu Ungunsten der dort ansässigen Bürger vereinnahmt. Von dem eingenommenen und erwirtschafteten Verdienst gehen anfangs ein Drittel an die Häuser im Orient. Später werden die Abgaben auf ein Zehntel reduziert. Aus abendländischer Sicht entsteht immer wieder der Eindruck, als hätten die Männer und Frauen aus dem Westen die Kultur in den Nahen Osten gebracht. Genau das Gegenteil ist richtig. Die arabischen Reiche sind den Christen nicht nur militärisch, sondern auch in ihrer Kultur weit überlegen. Dort im Osten ist das geistige Erbe der Griechen und Römer bewahrt und weiterentwickelt worden. Geniale Mathematiker und Astronomen sowie geschickte Kaufleute kommen von dort her. Die Araber haben ein Zahlensystem entwickelt: die arabischen Ziffern, die wir heute noch verwenden. Eine der wesentlichen Neuerungen besteht darin, dass es für „nichts“ ein eigenes Zeichen gibt: die Null. Diese macht das Multiplizieren und das Bruchrechnen viel einfacher und erlaubt die einprägsame Darstellung des Dezimalsystems. Und genau dieses System lernen die Christen, allen voran die Tempelherren, zur Zeit der Kreuzzüge kennen. Die arabischen Ziffern ersetzen die bisher üblichen römischen. Da die Kaufleute nun einfacher rechnen können, rechnen sie auch besser und erhalten damit ein genaueres Bild über den Verlauf ihrer Geschäfte.

1301 – Der Erwerb von Lehmgründen in Haidhausen ist notwendig

München - Haidhausen * Der Ausbau der Stadt München macht den Erwerb von Lehmgründen in Haidhausen notwendig. Wichtige Bauwerke entstehen: von der Stadtmauer bis zu Kirchen-, Verwaltungs- und Repräsentationsgebäuden. Sie werden mit Haidhauser Ziegel gebaut und gedeckt.

1434 – Der Haidhauser Lehm wird auf Tauglichkeit untersucht



Haidhausen * Die Stadt lässt einen Ziegelmeister aus Straubing kommen, der den Haidhauser Lehm auf Tauglichkeit untersuchen soll. Gleichzeitig schickt die Stadtverwaltung Lehmproben nach Augsburg. Das Ergebnis ist eine schallende Ohrfeige für die Münchner Hafner, weil die Augsburger eine wesentlich bessere Qualität an Ziegeln herstellen konnten als die Münchner. Damit war eindeutig bewiesen, am Material liegt es nicht.

14. Oktober 1514 – Wilhelm IV. und Ludwig X. wollen gemeinsam regieren

Rattenberg * Die herzoglichen Brüder Wilhelm IV. und Ludwig X. vereinbaren im Rattenberger Vertrag, dass sie das Herzogtum Baiern künftig gemeinsam regieren wollen - bei getrennter Verwaltung.

1. Januar 1595 – Herzog Maximilian I. regiert mit seinem Vater

München * Herzog Wilhelm V. überträgt seinem Sohn Maximilian I. die Mitregierung in Form der Stellvertretung. Die Landstände hatten den Herzog aufgrund seiner Verschuldung und der Unordnung in der Hof- und Staatsverwaltung zu diesem Schritt gedrängt. Doch die „Verwirrung im Finanzwesen“ wird durch die Doppelregierung noch schlimmer. Es wird eine Abdankung auf Raten.

Mai 1610 – Der Gerichtsbezirk ob der Au negst München wird geschaffen

Au - Haidhausen - Untergiesing * Der Gerichtsbezirk ob der Au negst München wird wegen seiner besonderen Sozialstruktur geschaffen. Die vergleichsweise große Einwohnerzahl der Ortschaften Haidhausen, Au und Niedergiesing, das sich in der Gegend um den heutigen Nockherberg befindet, und der daraus resultierende Verwaltungs- und Jurisdiktionsbedarf erfordert diese Sonderstellung. Gerade auch deshalb, weil das Landgericht weit entfernt liegt und der Richter von Wolfratshausen sowie der Amtmann von Perlach den Verhältnissen nicht mehr gewachsen sind. In einem ersten Schritt werden diese Orte dem Hofoberrichter unterstellt.

1612 – Die Auer müssen zum Kirchgang nach Obergiesing

Au * Mit der Einrichtung des Gerichts ob der Au negst München hat die Au zwar eine eigene



Verwaltungsstruktur erhalten, besitzt aber - außer der viel zu kleinen Heilig-Kreuz-Kapelle - kein eigenes Gebetshaus. Aus diesem Grund müssen sich die Auer nach Obergiesing, in die dortige Heilig-Kreuz-Kirche begeben, wo sich auch der Friedhof befindet.

25. Februar 1623 – Maximilian I. erhält die Kurwürde auf Lebenszeit

Regensburg * Kaiser Ferdinand II. löst sein Versprechen ein und belehnt Herzog Maximilian I. von Baiern auf dem Regensburger Fürstentag mit der pfälzischen Kur des gestürzten „Winterkönigs“ Friedrich V.. Wie verabredet erhält Maximilian I. die Kurwürde nur auf Lebenszeit. Damit verbunden erhält Baiern die Oberpfalz als Pfandbesitz. Die Rheinpfalz kommt unter baierische und spanische Verwaltung. Damit ist die katholische Mehrheit im siebenköpfigen Kurfürstenkollegium gesichert. Die baierischen Wittelsbacher besitzen nun - mit Köln - über zwei der sieben Kurwürden.

1625 – Zur Seidenherstellung Maulbeerbäume pflanzen

München * In einem Reskript befiehlt Kurfürst Maximilian I., „in dero Fürstenthumb und landen zu deroselben wie auch der underthanen prouit [Profit], nuzen und aufnehmen mehrere Comercia und gwerschafften, auch eine von Seidenwerkh zu introducieren“. Dazu fordert er seine Verwaltungsleute auf, Rückmeldungen über bereits vorhandene Maulbeerbäume zu liefern. Seine Untertanen ermuntert er, „an allen tauglichen Orten Maulbeerbäume zu pflanzen“. Aus den Berichten geht hervor, dass der Maulbeerbaum an verschiedenen Orten in Baiern wohl bekannt ist. Dennoch sind sich die Berichterstatter nahezu einstimmig einig, dass das Klima im allgemeinen in Baiern für die Kultur des Maulbeerbaumes zu rau sein dürfte. In den Folgejahren nimmt dann - kriegsbedingt - das Interesse an der Seidenzucht stark ab. Der Dreißigjährige Krieg lässt alle weiteren Versuche scheitern.

24. Juli 1628 – Paulaner erhalten Schenkung mit Auflagen

Au * Den Paulaner-Mönchen wird die Dotation von 1.500 Gulden zur Selbstverwaltung überlassen. Als Auflage hat man den Ordensmännern lediglich den Unterhalt des Schullehrers und des Mesners sowie die Instandhaltung des Wasserwerks auferlegt.



1679 – Fürstbischof Albrecht Sigismund lässt das Berg am Laimer Schloss umbauen

Berg am Laim * Der Freisinger Fürstbischof Albrecht Sigismund lässt gleich nach dem Erwerb der Hofmark Berg am Laim das bereits stark verfallene Lerchenfeld-Schlössl zu einem repräsentativen Schloss umbauen. Das Gebäude wird um ein zusätzliches Stockwerk erweitert und mit einem Walmdach versehen. An den vier Ecken entstehen Türme mit charakteristischen Zwiebelhauben, wodurch das Schloss weiterhin der traditionellen Bauweise verpflichtet bleibt. Trotz seiner vergleichsweise schlichten Form als Kastenschloss erfüllt es mit seiner Ausstattung höchste repräsentative Ansprüche. Das Hofmarkschloss in Berg am Laim liegt mit seiner Längsseite an der heutigen Echardinger Straße und mit der Schmalseite an der Josephsburgstraße. Wie noch heute ist das Schlossgelände von einer Mauer umgeben. Südlich des Schlosses befindet sich ein großer pavillonartiger Turm mit Zwiebelhaube, der vermutlich in Holzbauweise errichtet wurde. Östlich schließt ein Wirtschaftsgebäude an, dessen Turm eine Schlaguhr mit zwei Glocken für Viertel- und volle Stunden trägt. Die enge Verbindung von Schloss und Wirtschaftsgebäuden verweist auf die große Bedeutung der Landwirtschaft für die Hofmark. Bei seinen Aufenthalten in Berg am Laim wird der Fürstbischof von seinem Hofstaat begleitet. Daher stehen im Schloss auch Unterkünfte für die Jesuitenpatres als Beichtväter Albrecht Sigismunds sowie für Hofkavaliere und Kammerdiener bereit. Das Schloss Berg am Laim dient nicht nur als Jagd- und Sommerresidenz, sondern zugleich als Verwaltungszentrum der Hofmark. Als einziger der Freisinger Bischöfe bewohnt Albrecht Sigismund den Sitz zeitweise selbst.

23. November 1683 – Das Haidhauser Schloss kommt zu ersten Würden

Haidhausen * Zu ersten Würden kommt das von Freiherr Franz Pongraz von Leiblfing errichtete Haidhauser Schloss, nachdem Kurfürst Max Emanuel als Türkenbefreier aus Wien zurückkehrt. Adelige, Hofbedienstete und einflussreiche Münchner Bürger haben sich auf dem Anger vor dem Landgut - auf dem heutigen Johannisplatz - versammelt, um ihrem Helden einen feierlichen Empfang zu bereiten. Leiblfing darf den Kurfürsten in seinem prächtig geschmücktem Schlösschen noch bewirteten, bevor sich der Triumphzug - zur weiteren Huldigung - in Richtung München in Bewegung setzt. Der Freiherr versteht es natürlich, aus diesem Umstand seinen Nutzen zu ziehen. Da „sein armes Haus und Garten“ so glücklich gewesen sei, den Kurfürsten bei seiner Rückkehr „so freundlich und frohlockend zu empfangen“, wendet sich Franz Pongraz von Leiblfing an den Landesherrn, damit der dieses zum adeligen Sitz erheben und ihm die dem Hofkastenamt zinsbaren 44 Untertanen in der Schwaig mitsamt der Jurisdiktion abtreten soll. Die dort zinspflichtigen Haus- und Herbergenbesitzer haben jährlich 11 Gulden und 32 Kreuzer zu versteuern. Mit der Bitte des Freiherrn Franz Pongraz von Leiblfing ist jedoch die Abtrennung



der Schwaige von Haidhausen und damit vom Bezirk des Gerichts ob der Au verbunden. Dies führt zwangsläufig zu verwaltungstechnischen Problemen, da der Gerichtsbezirk erst im Mai 1610 aufgrund seiner besonderen Sozialstruktur geschaffen worden ist.

1704 – Die Törring-Seefeld erwerben das Köglhof-Anwesen

Bogenhausen * In Geldnot verkauft Johann Antonio Gump das Bogenhauser Schloss an die Gräfin Adelheid Felicitas - eine geborene Marchesa de Canossa aus Verona - und deren Ehemann, den Grafen Maximilian Cajetan von Toerring-Seefeld, der den Besitz durch Zukauf der Zächerlhube von der Ramersdorfer Kirchenstiftung vergrößert.

20. März 1705 – Kaiser Leopold I. setzt eine Administration ein

Wien * Hofkriegspräsidenten, Geheimräte und hohe Kanzleibeamte beraten in Wien über eine zentrale Administration für ganz Baiern. Prinz Eugen „der edle Ritter“ führt den Vorsitz dieser streng geheimen Besprechung. Mit Argwohn beobachtet man die rege Korrespondenz zwischen München und Brüssel. Schließlich setzt Kaiser Leopold I. - zur zivilen und militärischen Verwaltung Baierns - die Kaiserliche Administration mit Sitz in Landshut ein. Zum Landesadministrator wird der Diplomat Graf Maximilian Carl von Löwenstein-Wertheim-Rochefort bestellt.

April 1705 – Das Niederlassungsverbot für Juden auch unter der kaiserlichen Administration

München * Das Niederlassungsverbot für Juden im Herzogtum Baiern gilt auch während der kaiserlichen Administration. Dennoch halten sich einzelne Juden mit Sondergenehmigungen in München auf, vor allem Hoffaktoren und Hoffinanziers, Lieferanten des Hofes oder Militärs und durchreisende Kaufleute. Es handelt sich aber nur um wenige Einzelpersonen oder einzelne Familien, nicht um eine organisierte Gemeinde. Die habsburgische Verwaltung hebt die antijüdischen Bestimmungen nicht auf, obwohl in Wien und anderen habsburgischen Territorien bereits größere jüdische Gemeinden existieren. Bayern bleibt auch unter österreichischer Verwaltung konfessionell und rechtlich weitgehend bei seinen bisherigen Regelungen.

16. Mai 1705 – Die Kaiserlichen besetzen auch das Rentamt München



München * Nachdem Kurfürstin Therese Kunigunde am 16. Februar 1705 zu ihrer Mutter nach Venedig reiste, besetzen die Kaiserlichen auch das Rentamt München und verweigerten der Kurfürstin die Einreise nach Bayern. 8.000 Soldaten marschieren um 7 Uhr vor den Stadttoren auf und drohen mit Bombardierung. Die Münchner kapitulieren. Zur Besetzung des Rentamtes München kommt es auch deshalb, weil man in München keinen großen Eifer zeigt, die vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen aus dem Ilbesheimer Vertrag umzusetzen. Eine Kaiserliche Administration unter Reichsgraf Maximilian Carl von Löwenheim-Wertheim-Rochefort bemüht sich nun um eine ordnungsgemäße Verwaltung des Kurfürstentums Bayern.

2. Oktober 1705 – Zwangsrekrutierungen werden angeordnet

München * Da sich weiterhin die meisten jungen Männer der Rekrutierung durch Flucht entziehen, ordnet die Kaiserliche Administration Zwangsrekrutierungen zur Auffüllung ihrer stark gelichteten Regimenter an. Verwaltungsbeamte und Rekrutierungskommandos greifen wehrfähige Männer auf, wo immer sie sie finden. Söhne und Knechte von Bauern werden während der Feldarbeit oder nachts aus den Betten weggeschleppt. Sogar aus den Kirchen werden sie gezogen, auf Wagen gefesselt nach Ungarn oder Italien entführt. Den Bauern fehlen dadurch die Arbeitskräfte. Bis zu den Zwangsrekrutierungen beschränkte sich die Bevölkerung auf Beschwerden an die Kaiserliche Administration. Erst ab jetzt wird tätlicher Widerstand anzutreffen sein.

1711 – Die Alte Isarkaserne entsteht zwischen Großer und Kleiner Isar

München-Isarvorstadt * Auf dem südlichen Teil der Isarinsel, die spätere sogenannte Kohleninsel, wird die Isarkaserne oder Isarwörthkaserne errichtet. Die Initiative zum Bau dieser Soldatenunterkunft geht jedoch nicht vom regierenden Kurfürsten Max Emanuel aus, da sich dieser zu jener Zeit im Exil in Frankreich im Exil befindet. Bayern ist von österreichischen Truppen besetzt, und München firmiert bis 1715 als kaiserliche Hauptstadt in Bayern. Hintergrund dieser politischen Lage ist der Spanische Erbfolgekrieg, in dem Max Emanuel ein Bündnis mit Frankreich einging und sich gegen den habsburgischen Kaiser stellte. Die Isarkaserne wird von der kaiserlichen Administration als Unterkunft für die Kavallerie errichtet. Während der Besatzungszeit sind durchschnittlich rund 3.000 Soldaten in München einquartiert. Um die Belastung der Bürgerschaft durch die Einquartierung zu verringern - der Adel, der fürstliche Hof und der Klerus sind davon befreit - bemüht sich die Verwaltung verstärkt um die Unterbringung der Truppen in Kasernen.



Juli 1719 – Johann Theodor muss als 16-jähriger das Bistum Regensburg übernehmen

Regensburg * Johann Theodor, der jüngste Sohn des bayerischen Kurfürsten Max Emanuels muss als 16-jähriger das Bistum Regensburg von seinem älteren Bruder Clemens August übernehmen, obwohl er überhaupt keine Neigung zum geistlichen Stand in sich fühlt. Der übermächtige Vater droht ihm - mit unbeugsamer Härte - mit der rechtlichen Zurücksetzung innerhalb der Familie. Damit bewegt er seinen Sohn zur Annahme dieses hohen und einträglichen Kirchenamtes. Obwohl Johann Theodor bis zu seinem Tod im Jahr 1763 das Bistum Regensburg insgesamt 44 Jahre als Erzbischof regiert, glänzt er dort durch Abwesenheit und hält sich bevorzugt in den väterlichen Schlössern, später in seinem Jagdschloss in Ismaning auf. Die tatsächliche Bistumsverwaltung übernehmen die vom Fürstbischof eingesetzten geistlichen Ratskollegien, Generalvikare und Weihbischöfe. Ungeachtet seiner Untätigkeit für die ihm anvertrauten Aufgabengebiete macht der Wittelsbacher Herzog dennoch Karriere.

18. August 1723 – Kurfürst Max Emanuel verkauft den Falkenhof in der Au

Au * Kurfürst Max Emanuel verkauft den Falkenhof in der Au an den kurfürstlichen Rat und „Admodiateur der Bräuhäuser“, also den für die Vergabe der Braugerechtigkeiten zuständigen Verwaltungsmann, Johann Georg Messerer aus Aibling. Die auf Münchner Boden befindlichen Falkenhäuser waren das älteste beim Alten Hof und das neuere beim Kosttor. Der ehemalige Falkenhof in der Au befand sich an der heutigen Falkenstraße 36 und unterstand einem Aumeister. Nachdem die dort gehaltenen Falken und die anderen wertvollen Vögel unter der Feuchtigkeit des Bodens sehr litten und in großer Zahl zugrunde gingen, ließ Kurfürst Max Emanuel ein zweckmäßigeres Falkenhaus vor dem Neuhauser Tor neu erbauen. Der Falkenhof in der Au wird zwar sofort zum adeligen Sitz erhoben, doch darf ihn Johann Georg Messerer erst nutzen, nachdem der dort wohnende Falkner den Neubau an der Arco-, Barer- und Karlstraße beziehen kann. Messerer muss den neuen Falkenhof zu einem nicht unerheblichen Teil finanzieren. Dennoch erwirbt der kurfürstliche Rat in der Zwischenzeit alles käufliche Land um seinen Hof, darunter die Riegermühle und das Säggängerl.

7. November 1724 – Das Lehel wird der Stadt offiziell als Vorstadt eingegliedert

München-Lehel * Durch eine kurfürstliche Neubestätigung der Burgfriedensgrenze zugunsten Münchens wird das Lehel offiziell als Vorstadt eingegliedert. Der Münchner Magistrat übernimmt damit die grundherrliche Zuständigkeit über das Gebiet und seiner Bewohner und weitete dadurch



seine Gerichtsbarkeit auf den vor den Stadttoren gelegenen Bezirk aus. Die städtische Verwaltung nimmt eine eigens dafür eingesetzte Lehel-Deputation wahr. Für die Lechler ist das genau der richtige Zeitpunkt, den Bau einer Kirche mit eigenen Zuständigkeiten für die Betreuung der damals etwa zweitausend Einwohner der Vorstadt zu fordern. Die Bewohner des Lehels gehören trotz ihrer Lage vor der Stadtmauer seit jeher zur Graggenau und damit zur Pfarrei Unserer Lieben Frau. Doch diese Zugehörigkeit ist mit allerhand Schwierigkeiten verbunden, da die Lechler durch Graben, Wall und Mauer von ihren Seelsorgern getrennt sind.

Muss ein Schwerkranker in der Nacht mit den Sterbesakramenten versehen werden, so führt dies ausnahmslos zu Problemen, da die Stadttore nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Münchner Bürgermeisters geöffnet werden dürfen. Die Lechler holen in einem solchen Fall einen Paulanerpater vom Kloster Neudeck in der Au herbei. Das nimmt aber schon unter normalen Witterungsbedingungen einen Zeitaufwand von mindestens zwei Stunden in Anspruch. Bei den schwierigen Wegeverhältnissen ist das gerade im Winter äußerst umständlich und schwierig. Zum Leidwesen der Hinterbliebenen stirbt deshalb so mancher Lechler ohne Sakrament und geistlichen Trost.

25. Juli 1725 – Papst Benedikt XIII. adelt die Michaels-Bruderschaft

Rom - Berg am Laim * Papst Benedikt XIII. erhebt die St.-Michaels-Bruderschaft zur kurkölnischen Hof- und Erzbruderschaft. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet Violante Beatrice, eine Tante von Kurfürst Clemens August. Die jüngere Schwester seines Vaters Max Emanuel und Gemahlin des Gran Principe Ferdinando de' Medici setzt sich bei einer päpstlichen Audienz für die Michaels-Bruderschaft ein. Sie hebt deren große Wirksamkeit hervor, die nach damaligem Verständnis „angetrieben vom katholischen Eifer den lutherischen Unglauben auszurotten“ bestrebt ist. Mit dieser Erhebung gewinnt Berg am Laim überregionale Bedeutung und entwickelt sich zum Verwaltungszentrum eines Netzwerks von mehr als fünfzig Bruderschaftsfilialen in Kurbaiern sowie in den rheinisch-niederdeutschen und habsburgischen Ländern.

24. August 1745 – Gräfin Maria Josepha Gräfin Fugger gerät in Zahlungsrückstand

Untergiesing * Die Gräfin Maria Josepha Gräfin Fugger auf Zinneberg gerät in Zahlungsrückstand. Josef Anton von Kern nimmt daraufhin den Besitz wieder unter seine Verwaltung, zahlt die bereits ausgezahlten 12.000 Gulden zurück und legt weitere 3.000 Gulden für die neue Wirtschaft drauf.



2. September 1754 – Münchens erstes Pfandhaus wird eröffnet

München * Das erste Münchner Pfandleihhaus wird eröffnet, nachdem Kurfürst Max III. Joseph seinem Kammerdiener Sebastian Hueber die Erlaubnis erteilt, Geld gegen Pfänder auszuborgen. Es befindet sich in der Hofstetterschen Behausung an der Rosengasse. Es ist noch keine städtische Einrichtung, sondern untersteht der kurfürstlichen Verwaltung. Später zieht das Versatzamt in das Haus in der Löwengasse 6, bis der Standort im Jahr 1803 aufgelöst und an die Rochusstraße verlegt wird.

30. April 1783 – Das Privilegium des Pfandhauses

München * Kurfürst Carl Theodor überträgt das Privilegium des Pfandhauses an die Heiliggeistspitalverwaltung. „Die jährlichen Einnahmen kommen der Hebammenschule zugute und dienen der Verpflegung hilfloser Kinder und verunglückter armer Weibspersonen.“

29. März 1788 – Sir Benjamin Thompson wird Kriegsminister

München * Das von Sir Benjamin Thompson vorgelegte „Memorandum zur Verbesserung des baierischen Militärwesens“ wird von der kurfürstlichen Kommission angenommen. Thompson wird zum Kriegsminister im Rang eines Generalmajors befördert. Sein Vorgänger, Freiherr Johann Ernst Theodor von Heyen gen. Belderbusch, wird „ungnädig wegen missfälliger Verwaltung“ entlassen und als Militärgouverneur nach Mannheim versetzt.

2. März 1789 – Thompsons Vorschlag für ein Militärisches Arbeitshaus wird angenommen

München * Vermutlich aus Kostengründen entscheidet sich Kurfürst Carl Theodor für Thompsons Vorschlag für ein Militärisches Arbeitshaus und ordnet die Errichtung „einstweilen in jeder Stadt und Garnison, in Zukunft aber sobald thunlich in jedem beträchtlichen Orte“ an. Militärische Arbeitshäuser entstehen aber nur in München und Mannheim. Die Arbeitshäuser sollen folgenden Zwecken dienen: Der Beschäftigung von Armen und Bettlern. Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für verarmte Angehörige der unterständigen Schichten. Nicht an Arbeit gewöhnte Menschen sollen in diesen Anstalten die Arbeitsfähigkeit erlernen. Gleichzeitig sollen Armenverwaltungen eingerichtet werden, die die „Hausarmen“ erfassen und in die Arbeitshäuser einweisen.



24. März 1789 – Platzsuche für den geplanten Militärgarten

München-Englischer Garten * Kurfürst Carl Theodor fordert den Münchner Magistrat auf, für die Verwirklichung eines Militärgartens einen geschützten Platz ausfindig zu machen. Da es der Stadtverwaltung mit der Durchführung des von Thompson vorgelegten Planes nicht eilig ist, schreitet der Minister selbst zur Tat. Er hält die Gegend um den Hirschanger vor dem Schwabinger Tor, ein bisher lediglich zur kurfürstlichen Jagd genutztes Stück Land, das zum Teil außerhalb des Münchner Burgfriedens liegt und damit dem Einfluss und der Polizeigewalt des Münchner Magistrats entzogen ist, als am besten geeignet.

10. August 1790 – Die Verwaltung und Benutzung des Englischen Gartens wird geregelt

München-Englischer Garten * Kurfürst Carl Theodor erlässt eine „Spezialresolution“, die die Verwaltung und Benutzung des Englischen Gartens und aller darin befindlichen Grundstücke und Gebäude regelt.

30. September 1796 – Freiherr von Montgelas erarbeitet das umfangreiche Ansbacher Mémoire

Ansbach * Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas legt Herzog Max Joseph von Pfalz-Zweibrücken das „grundlegende Reformprogramm für die künftige Regierung des Kurfürstentums Baiern“ vor. Es trägt entscheidend zur Vertiefung des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Herzog und dem Freiherrn bei. Das Ansbacher Mémoire ist ein Konzept zur Anpassung der bayerischen Verfassungs- und Verwaltungsverhältnisse an die Gegebenheiten der neuen Zeit. Auf sieben eigenhändig geschriebenen Doppelblättern beschreibt Montgelas die herrschenden Verhältnisse in Baiern und schlägt gleichzeitig Maßnahmen vor, die - nach seiner Meinung - für eine effektive und nach den Gesichtspunkten der Aufklärung gebildete Staatsverwaltung notwendig sind. Im Kern der Reformen fordert der Freiherr eine klar gegliederte Ministerialorganisation mit abgegrenzten Zuständigkeiten, eine neue Verwaltungsgliederung mit einheitlichen Instanzenwegen in Gesamtbaiern; eine gut ausgebildete, unbestechliche, ausreichend bezahlte und sozial abgesicherte Beamtenschaft; die steuerliche Gleichbehandlung aller Menschen; die Unabhängigkeit der Richter, die Trennung von Justiz und Verwaltung, die Überantwortung aller judikativen Bereiche in staatliche Obergericht, die Reform des Straf- und Zivilrechts; die Möglichkeit für die Bauern, adeliges Obereigentum an Grund und Boden abzulösen; die Beschränkung der Kirche auf den religiösen Bereich, die Aufhebung der Bettelorden und die bessere Nutzbarmachung der Klöster; die religiöse Toleranz; die Aufhebung der Zensur; die Verbesserung der Universitäten und



Schulen. In einer übergeordneten Instanz soll die Zusammenarbeit der Ministerien gefördert werden und eine Koordination der Einzelmaßnahmen erfolgen. Am Ende steht ein geschlossenes Staatsgebiet, in dessen Ministerien sich alle staatliche Macht vereint. Darüber hinaus will Montgelas ein baierisches, patriotisches Empfinden wecken, um die örtlichen Gebundenheiten des Einzelnen abzulösen und statt dessen eine Identifikation mit dem Kurfürstentum, später Königreich, herbeiführen. Die Forderung nach einer Volksvertretung - nicht nur einer Ständeversammlung - wiederholt Montgelas im Ansbacher Mémoire nicht mehr. Wohl aber die Gleichheit aller vor dem Gesetz und die Abschaffung der Steuerprivilegien des Adels. Seine Adelspolitik nimmt später weitaus konservativere Züge an, vor allem nachdem er im Jahr 1803 selbst Grundbesitz erworben hat.

3. Dezember 1802 – Aretin übernimmt die Zivilbesitzergreifung der Grafschaft Werdenfels

Werdenfelser Land * Freiherr Johann Adam von Aretin erhält den kurfürstlichen Auftrag, die „Zivilbesitzergreifung der Reichsgrafschaft Werdenfels“ nicht auf dem normalen Verwaltungsweg über Freising aus, sondern vor Ort durchzuführen.

13. Dezember 1802 – Das Karmelitinnen-Kloster wird der Pfandhausverwaltung überlassen

München-Kreuzviertel * Das ehemalige Karmelitinnen-Kloster am Rochusberg wird um 34.000 Gulden der Pfandhausverwaltung überlassen.

1805 – Unhaltbare Zustände in Haidhausen

Haidhausen * Die Baierische Landesregierung gibt der Hofmarkverwaltung die Schuld an den unhaltbaren Zuständen in Haidhausen, da sie „ständig ganz unvermögenden Leuten die Ansiedlung und Verehelichung genehmige, sich aber dann nicht mehr um sie bekümmere, so daß sie in Armut gerieten und zum Bettel ihre Zuflucht nehmen müßten, um ihren Lebensunterhalt zu gewinnen“.

1805 – Die Hoffischerei in der Au wird aufgelöst

Au * Die Hoffischerei wird aufgelöst. Das Haus des Hoffischers geht an die Strafarbeitshaus-Verwaltung über.



1805 – Die Post künftig als Staatsaufgabe selbst übernehmen

München * Im Zuge der bevorstehenden Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation ist Kurfürst Max IV. Joseph fest entschlossen, die Post künftig als Staatsaufgabe selbst zu übernehmen. Bestärkt wird der Wittelsbacher vom Generallandesdirektor Joseph Maria von Weichs, der ihm den Rat gibt, „daß der gegenwärtige Zeitpunkt der schicklichste sey, das Postregal [der Thurn und Taxis] einzuziehen und unter landesherrlicher Verwaltung auszuüben“.

1. Mai 1808 – Die Konstitution für das Königreich Baiern tritt in Kraft

München * Die Konstitution des Königreichs Baiern tritt in Kraft. Die erste einheitliche Verfassung des Königreichs Baiern besteht aus 45 Paragraphen, die auf acht Seiten Platz finden. Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und dem großen Gebietszuwachs, den Baiern erfahren hat, ist es notwendig geworden, das Recht zu vereinheitlichen und die Rechtsgleichheit in den verschiedenen Landesteilen herzustellen. Nur Altbaiern war, bis auf wenige Enklaven, ein geschlossenes Staatsgebiet. Ansonsten gleicht das neue Baiern mit seiner Anhäufung von Besitzungen verschiedener Fürsten, Grafen, Herren und Ritter eher einem Fleckerlteppich. Baiern muss nun zusammenwachsen und nach einheitlichen gesellschaftlichen und verwaltungsrechtlichen Grundsätzen regiert werden.

Damit werden „alle besonderen Verfassungen, Privilegien, Erbämter und Landschaftliche Korporationen der einzelnen Provinzen“ aufgehoben. Die Verfassung garantiert die Gleichheit aller vor dem Gesetz und den Steuerbehörden sowie beim Zugang zu den Staatsämtern. Die Rechte des Adels werden darin eingeschränkt und deren bisherigen politischen Vorrechte ausdrücklich abgelehnt. In einer neu eingeführten „Adelsmatrikel“ muss der Adelstitel erst staatlich anerkannt werden. Die Leibeigenschaft wird ersatzlos abgeschafft. Die Sicherheit des Eigentums wird ebenso gewährleistet, wie die Gewissensfreiheit und die Pressefreiheit. Letztere wird allerdings durch Gesetze teilweise wieder eingeschränkt. Das Gesetz sieht ein stehendes Volksheer und eine Bürgermiliz vor. Mit 21 Jahren muss jeder Staatsbürger vor der Verwaltung seines Kreises einen Eid ablegen, dass er „der Konstitution und den Gesetzen gehorchen - dem König treu sein wolle“. Ohne ausdrückliche Erlaubnis des Monarchen darf kein Staatsbürger auswandern oder ins Ausland reisen. Zum „Königlichen Hause“ wird in der Konstitution festgelegt, dass die Krone erblich ist „in dem Manns-Stamme des regierenden Hauses, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch-linealischen Erbfolge“. Die Prinzessinnen sind für immer von der Regierung ausgeschlossen, so lange noch männliche Nachkommen vorhanden sind. Sämtliche Familienmitglieder des königlichen Hauses stehen unter der Gerichtsbarkeit des Monarchen, und können bei Verlust Ihres Erbfolge-Rechts nur mit



dessen Einwilligung zur Ehe schreiten. Nach den Bestimmungen der Konstitution besteht zur Verwaltung des Königreiches Baiern das Ministerium aus fünf Departements, dem des Äußeren, der Justiz, der Finanzen, des Inneren und des Kriegswesens. Zudem teilte sie das Königreich in Kreise ein, um so einen einheitlichen Beamten- und Verwaltungsstaat zu schaffen. Auch das Justiz- und Militärwesen werden neu organisiert. Ein Parlament ist in Form einer National-Repräsentation vorgesehen, kommt aber nicht zustande. Gleichwohl werden die Vertretungen der einzelnen Teilgebiete des Königreichs mit Inkrafttreten der Verfassung abgeschafft. Die National-Repräsentanten sollten für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden. Dazu sollten in jedem der acht Kreise,von den 200 höchstbesteuerten „Land-Eigenthümern, Kaufleuten und Fabrikanten“ von Wahlmännern sieben Mitglieder gewählt werden. Diese 56 Gewählten hätten dann die Reichs-Versammlung gebildet. Durch die Einführung der Konstitution verhindert Minister Maximilian Joseph von Montgelas, dass der auf Napoléon Bonapartes Drängen geschlossene Rheinbund die Souveränität des Königreichs Baiern zu stark einschränkt.

Dezember 1809 – Tirol wäre besser bei Frankreich

Tirol * Die französische Militärverwaltung versucht den Tirolern karzuzumachen, dass sie bei Frankreich besser als bei Baiern aufgehoben wären.

28. Februar 1810 – Im Pariser Abkommen wird Tirol aufgeteilt

Tirol * Im Pariser Abkommen wird Tirol aufgeteilt. Der südliche Teil Tirols wird Italien zugeschlagen. Napoléon Bonaparte wirft Baierns Verwaltung in Tirol Versagen vor. Salzburg, Regensburg und die Markgrafschaft Bayreuth sollen an das Königreich Baiern fallen.

7. Juni 1810 – Bozen wird an Italien abgegeben

Tirol * Der Vertrag über die Abtretung des südlichen Tirol an Italien und Illyrien regelt weitere Details. Bozen wird an Italien abgegeben. Die von Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas vorgeschlagenen baierischen Verbesserungen für ein neues Verwaltungskonzept kommen zu spät.



14. Oktober 1810 – Kronprinz Ludwig wird Generalgouverneur des Inn- und Salzachkreises

München - Salzburg * König Max I. Joseph ernennt Kronprinz Ludwig I. zum Generalgouverneur des Inn- und Salzachkreises mit Sitz in Innsbruck. Er wird mit seiner Frau Therese im Schloss Mirabell in Salzburg wohnen. Die Ernennung soll nicht zuletzt dazu dienen, den Kronprinzen mit den Verwaltungsgeschäften vertraut zu machen. Außerdem will ihn sein Vater in Distanz zur Regierungszentrale in München halten, um Auseinandersetzungen zwischen dem Kronprinzen und dem Außen-, Innen- und Finanzminister Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas, die sich beide nicht sonderlich mochten, zu vermeiden. Der Super-Minister hat eine Menge Arbeit mit der Reorganisation des neuen Staates, um tiefgreifende Reformen und um die Schaffung eines einheitlichen Beamten- und Verwaltungsstaates. Gegen seine Aufgabe ist die Deutsche Wiedervereinigung ein Kinderspiel. Eine wichtige Voraussetzung für die zentralistisch geführte Verwaltung war die Vereinheitlichung der Maße und Gewichte. So gibt es alleine 93 verschiedene Flüssigkeitseinheiten, die anno 1809 durch die Einführung der bayerischen Maaß ersetzt werden. Das Bayerische Maaß fasst 1.069 Kubikzentimeter und wird Mass ausgesprochen.

17. Oktober 1810 – Das erste Oktoberfest beginnt mit einem Pferderennen

München * An diesem Mittwoch, es ist ein milder Herbsttag mit hellblauem Himmel, wird nochmals eine breite Bevölkerungsschicht in die Feierlichkeiten um die Kronprinzenhochzeit einbezogen, nachdem die zuvor abgehaltenen Opernaufführungen und Bälle nur einem kleinen ausgesuchten Kreis geladener Gäste vorbehalten waren. Diese Festveranstaltungen wurden vom Staat ausgerichtet und finanziert. Doch angesichts von Kriegszeiten und leeren Staatskassen hält sich der sonst bei Fürstenhochzeiten übliche Glanz und Glamour in Grenzen. Und da im Jahr 1808 die städtische Selbstverwaltung abgeschafft worden ist, verfügt München über kein Vermögen, aus dem sie einen eigenen Beitrag zu den Feierlichkeiten hätte leisten können. Dankbar überlässt man deshalb die Ausrichtung der Feier der gehobenen Bürgerschaft, die dazu in der Lage ist und die die eigentliche Volksbelustigung, ein als Huldigung gedachtes Pferderennen, das in der Tradition des Scharlachrennens steht, durchführen kann. Es ist der Kavallerie-Major der Nationalgarde 3. Klasse, der Bankier Andreas Michael Edler von Dall'Armi, der im Namen der Nationalgarde, also des Bürgermilitärs, ein Schreiben an den König richtet, in dem er bittet, eine solche Veranstaltung ausrichten zu dürfen. Das Pferderennen soll den Abschluss, aber zugleich auch den Höhepunkt der Feierlichkeiten um die Kronprinzenhochzeit bilden.

1812 – Der Streit um die Zugehörigkeit der Irrenanstalt



Vorstadt Au - Untergiesing * Nach der Trennung der Lohe und der Falkenau von der Vorstadt Au bleibt die Irrenanstalt zunächst innerhalb der Auer Gemarkung. Dagegen protestiert die Anstaltsverwaltung und erreicht die Zuordnung zur Gemeinde Giesing. Da jedoch das königliche Landgericht München, „das wegen der verhaßten und gegen dessen Willen erwirkte allerhöchst genehmigten Trennung der Loh und Falkenau immer feindselig für die Gemeinde Giesing gestimmt war“, darüber keinerlei Aufzeichnungen führt, kommen die Auer - clevere Vorstädter mit viel Phantasie im Geldeintreiben - dreißig Jahre später auf die Idee, von den Giesingern die Rückvergütung von 1.515 Gulden für den Malzaufschlag zu verlangen, die die Gemeinde Giesing - nach Auffassung der Auer - seit über zehn Jahren zu Unrecht erhalten hat. Diese Biersteuer muss - für das in der Anstalt ausgeschenkte Bier - an die zugehörige Gemeinde bezahlt werden. Die Giesinger wehren sich dagegen.

26. Juni 1814 – Österreich ergreift offiziell Besitz von Tirol

Innsbruck - Wien * Österreich ergreift offiziell Besitz von Tirol. Damit endet dort die baierische Herrschaft endgültig. Österreich übernimmt die meisten Errungenschaften der baierischen Verwaltung und hütet sich davor, zu den alten Strukturen zurückzukehren. Selbst die alte Ständeverfassung, deren Abschaffung eine der Hauptursachen des Aufstands von 1809 war, wird nur in sehr mild abgeänderter Form wiederbelebt.

17. Mai 1818 – Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wieder hergestellt

München * Das Gemeindeedikt stellt die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wieder her. In seinem Konzept eines zentralisierten Staates hatte Maximilian Joseph von Montgelas die Selbstverwaltung der Städte, Märkte und Gemeinden abgeschafft. Nach Montgelas' Entlassung macht König Max I. Joseph - neun Tage vor dem Erlass einer neuen Verfassung - diese Maßnahme rückgängig.

Juni 1818 – Das Eliteregiment „Garde du Corps“ setzt sich durch

München-Isarvorstadt * Das Eliteregiment „Garde du Corps“ erhebt erfolgreich Einspruch gegen die Absicht der Militärverwaltung, die Mannschaft in der „Neuen Isarkaserne“ sehr dicht zu kasernieren und einen Teil der Zimmer leer stehen zu lassen, um dadurch Brenn- und Beleuchtungsmaterial sparen zu können.



25. September 1819 – Der Magistrat übernimmt die organisatorische Verantwortung für die Wiesn

München-Theresienwiese * Nachdem die Stadt München ein Jahr zuvor durch das Gemeinde-Edikt und die Verfassung des Königreichs Baiern erste kommunale Selbstverwaltungsrechte zurückerhalten und sich neu konstituiert hat, übernimmt der Magistrat der Stadt die alleinige organisatorische und finanzielle Verantwortung für den Unterhaltungsteil des Oktoberfestes, worunter das Pferderennen und das Vogelschießen gemeint ist. Für diesen Teil wird künftig der Name Oktoberfest gebraucht. Die Ausrichtung des landwirtschaftlichen Teils (Vieh-Prämierung, Ausstellung und Viehmarkt) bleibt in der Verantwortung des Landwirtschaftlichen Vereins. Dieser Teil wird künftig als Landwirtschaftliches Centrafest bezeichnet werden. Bis heute ist die Landeshauptstadt München der alleinige Veranstalter der Wiesn.

Oktober 1819 – Die Stadtverwaltung kauft die Grundstücke der Theresienwiese auf

München-Theresienwiese * Die Stadtverwaltung kauft die Grundstücke der Theresienwiese auf, um den Betrieb des Oktoberfestes sicher zu stellen. Die Aufkäufe ziehen sich bis zur Mitte der 1880er-Jahre hin.

3. Oktober 1819 – Die Stadt München übernimmt die Organisation des Oktoberfestes

München-Theresienwiese * Nachdem mit dem Gemeindeedikt vom 17. Mai 1818 die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wieder hergestellt worden war, übernimmt die Stadt München die Organisation und Finanzierung des Oktoberfestes. Der Beginn des Oktoberfestes wird auf den ersten Oktober-Sonntag vorverlegt. Für das Ende wird der 12. Oktober, der Namenstag des Königs, festgelegt. Eine städtische Tribüne wird direkt gegenüber dem Königszelt aufgebaut, um - sozusagen auf gleicher Augenhöhe mit dem Herrscherhaus - das Festgeschehen beobachten zu können.

1822 – Der Münchner Bierpfennig

München-Graggenau * Die Münchner Obrigkeit erkennt, dass sich das in der Stadt gebraute Bier zugunsten der kommunalen Finanzen besteuern lässt. Sie führt deshalb den sogenannten Lokalmalzauflschlag ein, der im Volksmund bald als „Bierpfennig“ bezeichnet wird. Für die Stadtverwaltung entwickelt sich diese Abgabe zu einer äußerst einträglichen Einnahmequelle.



1823 – Nikolaus Freiherr von Maillot de la Treille lässt sich ein Schlösschen erbauen

München-Englischer Garten - Schwabing * Der bayerische Kriegsminister Nikolaus Freiherr von Maillot de la Treille lässt sich von dem Architekten Jean Baptiste Métivier am Westrand des Englischen Gartens ein Schlösschen im Stil der italienischen Renaissance erstellen. Es befindet sich an der Stelle des heutigen Verwaltungsgebäude der Generaldirektion der Allianz-Versicherung.

1826 – Maulbeerbäume zur Züchtung der Seidenraupen werden angezogen

München * Auf Veranlassung von König Ludwig I. werden in den königlichen Hofgärten Maulbeerbäume zur Züchtung der Seidenraupen angezogen und später im ganzen Land verteilt. Bis zum Jahr 1836 sollen „im Königreiche wenigstens vier Millionen Stück stehen“. Die Verwaltung der Landeshauptstadt München beschließt daraufhin die Gründung der ersten städtischen Baumschulen im Garten der Landwirtschaftsschule an der Luisenstraße und auf der Kalkofeninsel, in denen rund zehntausend Maulbeerbäume aus Samen herangezogen werden, die drei bis vier Jahre später eine für die Raupenzucht geeignete Größe erreicht haben.

1827 – Giesing wird eigenständige Pfarrei

Giesing * Die eigenständige Pfarrei Heilig Kreuz Giesing wird gegründet. Bis dahin ist die Heilig-Kreuz-Kirche eine Filialkirche der Pfarrei Neudeck in der Au, sodass Seelsorge, Verwaltung und Pfarrrechte nicht vor Ort lagen. Durch das starke Bevölkerungswachstum wird die eigenständige Pfarrei Heilig Kreuz Giesing gegründet. Sie erhält eigene Pfarrrechte, einen eigenen Pfarrer, eine selbstständige Verwaltung und eigene Tauf-, Trau- und Sterberegister. Die Gründung der Pfarrei macht Giesing zu einem organisatorischen Mittelpunkt und bereitet die spätere Entwicklung zur großen Stadtpfarrei nach der Eingemeindung 1854 vor. Johann Nepomuk Silberhorn ist der erste offiziell eingesetzte Pfarrer.

1830 – Die bayerische Post erzielt einen hohen Gewinn

München * Die bayerische Post erzielt alleine aus Briefportoeinnahmen 663.956 Gulden Gewinn. Nur diese Zahlen faszinierten den König. Da König Ludwig I. die Post als Anstalt zur Erzielung von Einnahmen sieht, unterstellt er die Generaldirektion der königlichen Posten, samt seiner



sieben Postämter, 22 Postverwaltungen, 175 Postexpeditionen, 16 Posthaltereien und neun Briefsammlungen dem Staatsministerium der Finanzen.

30. September 1830 – Die Leihanstalt in städtischer Verwaltung

München * Die Leihanstalt wird dem Magistrat der Stadt München zur eigenen Verwaltung übergeben.

17. September 1831 – Die Abgeordneten des Bayerischen Landtags beraten über das Budget

München-Kreuzviertel * Die Abgeordneten des Bayerischen Landtags beraten über das Budget. Um die Abgeordneten zur Eile und damit zu nicht allzu gründlicher Beratung der Einzelposten zu zwingen, lässt König Ludwig I. - angesichts der herannahenden Cholera - verkünden, die Abgeordneten hätten so lange auszuharren, bis das Budget vereinbart ist. Die Abgeordneten kürzen den Gesamtetat von 28 auf 26,8 Millionen Gulden, die Zivilliste des Königs von 3,15 Millionen auf 2,5 Millionen Gulden und den Heeresetat von 6,7 auf 5 Millionen. Innerhalb dieser Kürzungen beschließen sie zahllose Umverteilungen von Ausgabeposten sowie neue Ausgaben. Gekürzt wird bei den königlichen Prestigeobjekten Alte Pinakothek, Staatsbibliothek und Odeon sowie den Ausgaben für die zahlreichen wiedererrichteten Klöster. Mehr Geld soll dagegen in die Rechtspflege, die innere Verwaltung und das Bildungswesen fließen. Für den König bedeutet dieses Verhalten „Anmaßung und Eingriff in die Exekutive“. Zum Glück gibt es noch die Erste Kammer, die Kammer der Reichsräte, die umgehend ihr Veto gegen die Kürzungen und Umverteilungen einlegt - und damit die Regierung rettet. Unter dem Druck der Regierung, die sogar mit der Auflösung der Abgeordnetenversammlung droht, knicken viele Abgeordnete ein. Dabei werden die Kürzungen der königlichen Zivilliste weitestgehend zurückgenommen. Die anderen Etatkürzungen fallen nicht so extrem aus, sodass immerhin noch 2 Millionen Gulden eingespart werden.

22. Juni 1832 – Diktatorische Vollmachten um die Unruhen im Rheinkreis zu „befrieden“

München - Hambach - Gaibach - Speyer * Auf ausdrücklichen Befehl des Königs Ludwig I. wird jetzt gegen die Aktivisten von Hambach und Gaibach mit harten Strafen vorgegangen. Feldmarschall Carl Philipp Joseph Fürst von Wrede wird vom Bayernkönig mit nahezu diktatorischen Vollmachten ausgestattet, um die Unruhen im Rheinkreis zu „befrieden“ und um gleichzeitig die Verwaltungsmissstände zu untersuchen. Der Regierungspräsident des



Rheinkreises, Ferdinand Freyherr von Adrian-Werburg, wird abberufen und durch den früheren Generalkommissär von Carl Albert Leopold Freiherr von Stengel ersetzt. Die bayerischen Truppenkontingente treffen in der Pfalz ein.

30. Januar 1833 – König Otto von Griechenland trifft in Nauplia ein

Nauplia * König Otto von Griechenland trifft im Geleit von 33 Segelschiffen mit der britischen Fregatte Madagaskar in der damaligen griechischen Hauptstadt Nauplia ein. Mit Otto reisen 3.500 bayerische Soldaten, eine größere Zahl Wissenschaftler und Verwaltungsbeamte sowie ein dreiköpfiger Regentschaftsrat, bestehend aus dem ehemaligen bayerischen Finanzminister Joseph Ludwig Graf von Armansperg, dem Kgl. Staatsrat Georg Ludwig von Maurer und dem Generalmajor Karl Wilhelm von Heideck. Der Regentschaftsrat soll bis zur Volljährigkeit Ottos - in zweieinhalb Jahren - die Regierungsgeschäfte führen.

19. Juli 1833 – Die Bayern können aus dem Ausland demokratische Zeitungen beziehen

München * Die Beförderung der Post hat für Monarchen wie Ludwig I. einen sehr unerwünschten Effekt. Denn nun können die Bayern aus dem Ausland Zeitungen beziehen, die liberales und demokratisches Gedankengut transportieren. Das wachsende Informationsbedürfnis der Untertanen steigt und stellt die Regierung vor immer neue Probleme, da die herkömmlichen Mittel der Zensur nicht mehr greifen. Wie schwierig die Situation für die reaktionäre bayerische Verwaltung ist, zeigt die Anweisung an die Postämter, wonach schweizerische und französische Zeitungen vor der Auslieferung an die Zensurbehörde zu geben sind.

März 1834 – Die Postverwaltung kauft das Toerring-Palais auf

München-Graggenau * Da das alte Postgebäude in der heutigen Theatinerstraße den Ansprüchen bei Weitem nicht mehr genügt, kauft die Postverwaltung das Palais des Grafen Maximilian August von Toerring-Gutenzell auf. Das kommt König Ludwig I. und dessen Stararchitekt Leo von Klenze gerade recht. Immerhin soll der Max-Joseph-Platz zu einer städtebaulich herausragenden Freifläche werden, die durch repräsentative Randbauten und einem Denkmal ihre Wirkung erzielen soll.



23. Juli 1837 – Joseph Anton von Maffei setzt die Visionen von Simon von Eichthal um

München * Der Münchner Unternehmer Joseph Anton von Maffei setzt die Visionen von Simon von Eichthal in die Tat um, in dem er sich intensiv um die Förderung des bayerischen Eisenbahnbaus kümmert. Nachdem die München - Augsburger Eisenbahngesellschaft ihre endgültige Konzessionierung erhalten hat, wird Joseph Anton von Maffei auf der konstituierenden Verwaltungsratssitzung zunächst ins Direktorium und danach zum Vorsitzenden gewählt.

1839 – Maulbeerpflanzungen in den Oberen Isaranlagen

Regensburg - München * König Ludwig I. besichtigt die Regensburger Plantage und zeigt sich zufrieden, weshalb im ganzen Land immer mehr Maulbeerbäume angepflanzt werden. Da trifft es sich gut, dass die Münchner Stadtverwaltung die Kultivierung und Erschließung der brachliegenden Oberen Isaranlagen ausführen will, um dort für die Bewohner der südlichen Stadtquartiere eine Erholungszone zu erschließen, wie sie sich für die Bewohner der nördlichen Stadtviertel im Englischen Garten anbietet. Auf der sogenannten Abdeckerinsel soll ein zwei Tagwerk großes Grundstück für die Anpflanzung von Maulbeer- und anderen Pflanzlingen vorbereitet werden.

1841 – Wem gehört das Irrenhaus

Vorstadt Au - Giesing * Die Auer legen Beschwerde ein, da die Irrenanstalt ja innerhalb ihrer Grenzen liegt. Die Giesinger Gemeindeverwaltung argumentiert damit, dass sich die aus der Au seit 1812 weder um die Irrenanstalt, noch um die Straßen und Wege gekümmert haben. Außerdem beweist alleine schon der Name „Giesinger Irrenhaus“ deren gemeindliche Zugehörigkeit. Schließlich haben die Giesinger damit Erfolg.

14. November 1842 – Die Stände-Versammlung erhält ein Mitspracherecht

München-Kreuzviertel * Die nächste Stände-Versammlung dauert vom 14. November 1842 bis zum 30. August 1843. Sie ist zu Beginn überschattet vom Ausschluss mehrerer Abgeordneter, hauptsächlich aus der Pfalz. Den Schwerpunkt der Verhandlungen bildet wiederholt die Frage der „Erübrigungen“, deren Summe seit dem Jahr 1837 auf fast 30 Millionen Gulden angewachsen ist, und die der König ohne Beteiligung der Volksvertretung für sich beanspruchen will. Eingespart wurden diese Gelder zum größten Teil bei Infrastrukturmaßnahmen. Dabei war der



Zustand der Straßen so katastrophal, dass man amüsiert feststellte, man könne bald nicht mehr zu den Prachtbauten Ludwigs gelangen. Doch der öffentliche Straßenbau interessierte den König nicht, da ihm sonst nicht genügend Geld für „seine Sachen“ bleibt. Zudem wird bei der Verwaltung und den Bildungseinrichtungen gespart. Der Bildungsetat bleibt dreißig Jahre lang gleich und beträgt für ganz Bayern nur ein Viertel der Zivilliste für das Königshaus. Das Ergebnis der Stände-Versammlung ist das sogenannte „Verfassungsverständnis“, in dem der König seinen Anspruch auf die alleinige Verfügungsmacht über die „Erübrigungen“ aufgeben muss. Das Parlament erhält bei der Verwendung der Gelder ein Mitspracherecht und geht aus dieser Auseinandersetzung gestärkt hervor.

1845 – Friedrich Bürklein wird nach München versetzt

München * Friedrich Bürklein wird zur Generalverwaltung der kgl. Eisenbahnen nach München versetzt und studiert - im Regierungsauftrag - Eisenbahnhochbauten in Deutschland, Österreich, Belgien, Holland, Frankreich und England. Daher kommt es, dass viele bayerische Staatsbahnhöfe nach Bürkleins Plänen errichtet werden.

3. Mai 1847 – Das Gelände der Schießstätte wird an die Eisenbahn verkauft

München-Ludwigsvorstadt - München-Maxvorstadt * Das Gelände der Königlich Privilegierten Hauptschützengesellschaft wird an die staatliche Generalverwaltung der Kgl. Eisenbahnen um 150.000 Gulden verkauft. Weil aber viele Bürger die Notwendigkeit der Eisenbahn nicht anerkennen, beschwerten sie sich in einer Petition über den Verkauf der Schießstätte. Für die Beschwerdeführer ist die Eisenbahn ein „unnützes Spielzeug finanzkräftiger und prestigesüchtiger Bürger“. Außerdem, so die Kritiker, schadet das Reisen mit der Eisenbahn - durch die Rauchentwicklung, der die Passagiere schutzlos ausgeliefert sind - der Gesundheit. Tatsächlich verfügt damals nur die erste Wagenklasse über verglaste Fenster; die Wagen der 4. Klasse sind nicht einmal überdacht. Und da die München-Augsburger-Eisenbahngesellschaft statt der teuren Kohlen mit Torf und Holz heizt, regnet es nicht selten auch brennende Funken und Späne auf die Passagiere nieder. Die Argumente änderten letztlich aber nichts am Verkauf der Schießstätte. Doch zur Beruhigung der Situation lässt König Ludwig I. die zu fällenden Kastanien ausgraben und am Wittelsbacher Palais wieder einpflanzen.

27. Mai 1847 – Gründung der Generalverwaltung der Posten und der Eisenbahnen



München * Die Bayerische Eisenbahn und die Post werden in der Generalverwaltung der Posten und der Eisenbahnen zusammengefasst.

4. Juni 1848 – Eine Absichtserklärung zur Rechtspflege

München-Kreuzviertel * Im Artikel 1 des Grundlagengesetzes wird erklärt: „Die Rechtspflege soll von der Verwaltung, selbst in den untersten Behörden, gänzlich getrennt werden“. Es dauert jedoch bis zum 10. November 1861, bis der verkündete Grundsatz verwirklicht wird.

4. Juni 1848 – Die ständischen Privilegien des Adels werden endgültig gebrochen

München-Kreuzviertel * Mit einem weiteren Reformgesetz werden auch die letzten Elemente der feudalen Grundherrschaft im Königreich Bayern beseitigt. Im I. Abschnitt des Gesetzes über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixierung und Ablösung von Grundlasten hebt König Max II. die standes- und gutsherrliche Gerichtsbarkeit auf. Das Gesetz entzieht den Gutsherren die Gerichtsbarkeit und die Polizeigewalt ohne Entschädigung und überträgt diese Befugnisse auf den Staat. Damit sind die letzten Reste des feudalen Staatsaufbaus abgeschafft worden. Dem Aufbau einer modernen einheitlichen Justizverwaltung steht nun nichts mehr im Weg.

1. November 1849 – Der Schwarze Einser wird herausgegeben

München-Graggenau * Der königliche Postbeamte am Münchner Hauptpostamt gibt die erste deutsche Briefmarke, den „Schwarzen Einser“, heraus. Erst einen Tag nach der Ausgabe der ersten Bayern-Marke werden die Münchner über die Neuerung im Intelligenzblatt informiert. „Die Marken“, so kann man lesen, „sind jedesmal von dem Absender auf der Adreßseite des Briefes etc. im oberen Eck links durch Befeuchten des auf denselben befindlichen Klebstoffes gut zu befestigen“. Geregelt werden in dem königlichen Erlass auch die Gebühren, Taxen genannt. Ein Brief innerhalb Münchens kostet einen Kreuzer [„Schwarzer Einser“]. Für Briefe, die nicht weiter als zwölf Meilen [knappe 20 Kilometer] verschickt werden, muss man drei Kreuzer berappen, sonst das Doppelte. Ein kleiner Preisvergleich: Für einen Kreuzer erhält man im Jahr 1849 ein Pfund Roggenbrot. Ein Pfund Schweinefleisch kostete zehn Mal soviel. Die Herstellung des Spezialpapiers bereitet solche Probleme, dass die ersten bayerischen Briefmarken vier Wochen später als ursprünglich vorgesehen in die Postämter kommen. Peter Hasenay, der im Hauptberuf Geldscheine zeichnet, muss nur drei Werte entwerfen: „1 Kreuzer



schwarz“, „3 Kreuzer blau“ und „6 Kreuzer braunrot“; erst im darauffolgenden Jahr kommt noch eine weitere Marke hinzu: die „9 Kreuzer grün“. Zu dieser Zeit ist die erste Marke, der „Schwarze Einser“, schon wieder aus dem Handel gezogen. Der Schwärze wegen, denn sie macht die Stempel unleserlich. Die General-Verwaltung der königl. Posten und Eisenbahnen gibt eine neue, weniger schwarze Einser heraus. Von der ursprünglichen Marke werden rund 725.000 Stück verkauft.

24. Juni 1852 – Hochaltar der Johann-Baptist-Dorfkirche eingeweiht

Haidhausen * Der erneuerte Hochaltar der Sankt-Johann-Baptist-Dorfkirche in Haidhausen wird eingeweiht. Da die neuen Seitenaltäre stilistisch veralter sind, müssen sie gleichzeitig dem neuen Stil des Hochaltars angepasst werden. Dabei lässt Pfarrer Johann Georg Walser den bislang unbekleideten Engel auf dem Josephsaltar mit einem Gewand übermalen.. Diese eigenmächtige und ohne Einverständnis der Gemeinde- und Kirchenverwaltung durchgeführte Maßnahme führt zu einem heftigen Streit und zur Abmahnung des Pfarrers.

1. Oktober 1854 – Magistratsrat Max Weber und die bauliche Entwicklung der Stadt

München * Nach der Eingemeindung Haidhausens übernahm ihn die Stadtverwaltung Münchens erst als Magistratssekretär, dann als Magistratsrat. In seiner Funktion als Vorsitzender der Lokalbaukommission engagierte er sich für die bauliche Entwicklung der Stadt und besonders den Münchner Osten.

1. Oktober 1854 – Das Auer Leihhaus in der Lilienstraße kommt unter städtische Verwaltung

München-Au * Mit der Eingemeindung der Vorstädte Au, Giesing und Haidhausen kommt das Auer Leihhaus in der Lilienstraße 79 unter städtische Verwaltung.

21. November 1859 – Die Kreisirrenanstalt in der Hochau wird eröffnet.

München-Au * Die Kreisirrenanstalt für Oberbayern wird eröffnet. Das neue Nervenkrankenhauses liegt bei ihrer Errichtung in einem völlig unbebauten Gebiet zwischen der Rosenheimer- und der Auerfeldstraße. Unter der Leitung des Obermedizinalrats Dr. Bernhard von Gudden gilt die Einrichtung als Musteranstalt. Der quadratische Gebäudekomplex hat vier



Höfe. Die Länge der Flügelbauten betragen hundert Meter. Im Südflügel sind die Verwaltungsräume, in der Mittelachse die Küche, die Anstaltskapelle mit Werkstätten ist im Erdgeschoss, ebenso eine Turnhalle mit dem zentralen Bad und den Beschäftigungsräumen.

In den beiden südlichen, nur auf drei Seiten geschlossenen Höfen sind die „ruhigen Irren“, in den beiden nördlichen geschlossenen Höfen die „unruhigen Kranken“ untergebracht. Die Zimmer der „ruhigen“ Patienten liegen außen. Die Räume der „unruhigen“ Kranken sind genau umgekehrt angeordnet. Nur die Fenster und Türen im Erdgeschoss haben Gitter und da sie die Form der rundbogigen Fenster aufnehmen, bleiben sie relativ unauffällig. Die Anlage um die vier Höfe entspricht den zeitgemäßen Forderungen nach Trennung der Patienten nach Geschlechtern und der Schwere ihrer Erkrankung. Eine Trennung nach Klassen ist nicht vorgesehen. Die Beschäftigten der Kreisirrenanstalt finden allerdings keine mustergültigen Arbeitsbedingungen vor. Das Pflegepersonal untersteht der Gesindeordnung. Es gibt weder eine Pflegequote, noch Urlaubsregelungen oder eine Altersversorgung für die Pflegekräfte. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt einhundert Stunden und mehr. Der Dienst beginnt um 5:00 Uhr und endet um 21:00 Uhr. Selbst verheiratete Pfleger müssen in der Anstalt schlafen und dürfen nur einen Nachmittag pro Woche bei ihren Familien verbringen. Durch das rapide Bevölkerungswachstum der Stadt - München wächst vom Jahr 1854 von 100.000 Einwohnern auf fast 500.000 im Jahr 1900 - kommt es in der Kreis-Irrenanstalt zu einer über fünfzigprozentigen Überbelegung und wird unter diesen Umständen den Bedürfnissen nicht mehr gerecht.

1860 – Ludwig Peter Klug kommt zur Hoftheaterkassenverwaltung

München * Ludwig Peter Klug wird in den Dienst der königlichen Hoftheaterkassenverwaltung aufgenommen.

10. November 1861 – Die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung ist verwirklicht

München * Der bereits am 4. Juni 1848 im Grundlagengesetz verkündete Grundsatz der Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung wird nun endlich verwirklicht.

1862 – Die systematische Kanalisierung Münchens wird in Angriff genommen

München * Die Stadtverwaltung nimmt die systematische Kanalisierung Münchens in Angriff. Das unterirdische Röhrensystem wächst bis zur Jahrhundertwende auf eine Länge von 225 Kilometern an.



1862 – Das Gerichtswesen wird von der Verwaltung getrennt

München * Das Gerichtswesen wird von der Verwaltung getrennt und in diesem Zusammenhang das Landgericht links der Isar mit dem Landgericht Starnberg vereinigt. Dadurch entsteht das Bezirksamt links der Isar. Das Bezirksamt rechts der Isar bildet sich aus der Zusammenlegung des Landgerichts Wolfratshausen mit dem Landgericht rechts der Isar.

1. Juli 1862 – Die Ramersdorfer Lüften und der Kuisl wird von Ramersdorf abgetrennt

München-Haidhausen - Ramersdorf * Trotz der Gegenwehr der Ramersdorfer Gemeindeverwaltung wird das Gebiet Auf der Ramersdorfer Lüften und jenes am Kuisl endgültig von der Gemeinde Ramersdorf abgetrennt und Haidhausen zugeschlagen.

10. Oktober 1863 – Eisenbahnstrecke über Mühldorf nach Österreich genehmigt

München-Kreuzviertel * Der Bayerische Landtag genehmigt die für die Stadtviertel des Münchner Ostens so wichtig werdende Eisenbahnstrecke über Mühldorf zur österreichischen Landesgrenze. Zeitgleich bewilligt er 15,4 Millionen Gulden für den Bau der Linie. Die genaue Streckenführung ist zu diesem Zeitpunkt allerdings an mindestens zwei Stellen noch offen.

Einmal, weil auf österreichischer Seite die rund fünfzig Kilometer lange Teilstrecke von der Grenze in Richtung Linz nicht von der Eisenbahnverwaltung, sondern von einem privaten Konsortium aus Großgrundbesitzern, Unternehmern und Bankiers finanziert wird und sich als Alternativen der Grenzübergang bei Braunau oder das vierzig Kilometer innabwärts gelegene Scharding anbieten. Von einem dieser Grenzübergänge soll die Eisenbahn das oberösterreichische Neumarkt und darüber hinaus Linz erreichen. Die zweite ungeklärte Streckenführung war gleich am Beginn der Bahnlinie. Die Generaldirektion der Kgl. Bayerischen Staatseisenbahnen - als zuständige Planungsbehörde - will jedenfalls die Strecke unmittelbar nach der Großhesseloher Brücke - der seit dem Jahr 1858 bestehenden Hauptverkehrsstrecke München - Holzkirchen - Rosenheim - Salzburg - abzweigen lassen. In einem weiten Bogen soll die Bahntrasse dann durch den Perlacher Forst, weiter über das Obergiesinger Feld, südlich an Haidhausen vorbeiführend das Stadtgebiet in östlicher Richtung verlassen. So jedenfalls sieht die grobe Planung lange Zeit aus. Nun ist aber in Obergiesing, östlich der Tegernseer Landstraße, ein großes Neubaugebiet geplant. Und um zu verhindern, dass die Bahnverwaltung baureife oder möglicherweise schon bebaute Grundstücke teuer erwerben muss, verweigert das Ministerium des Inneren, das bei allen Bauvorhaben in der Haupt- und Residenzstadt ein Planungs- und Einspruchsrecht besitzt, ihre Zustimmung zum



Wohnungsbau so lange, bis eine detaillierte Bahnplanung vorliegt. Erst danach will das Innenministerium den künftigen Baulinien zustimmen.

30. Januar 1866 – Mittelersuchen für einen Synagogen-Neubau

München * Der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde bittet den Münchner Stadtmagistrat um finanzielle Unterstützung für den Neubau einer größeren Synagoge. Doch erst muss ein geeigneter Bauplatz gefunden werden, wobei sich diese Suche als ebenso schwierig gestaltet wie die weitere Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Die Verhandlungen ziehen sich in die Länge.

1868 – Der Untergiesinger Eisenbahndamm entsteht

München-Untergiesing * Zur optimalen Straßenführung legt die Bahnverwaltung „einen Eisenbahndamm von der Brücke angefangen bis zum Berge von Giesing, und durch diesen einen aufsteigenden tiefen Einschnitt“ an. Damit wird Untergiesing in zwei Hälften zerschnitten. Proteste der Untergiesinger stellen heraus, dass mit dem plumpen und unansehnlichen Bahndamm die Vorstadt in ihrer baulichen Entwicklung beeinträchtigt, dass zumindest die in der Nähe des Damms liegenden Grundstücke entwertet und der Bevölkerung eine „unästhetische und unerträgliche Last aufgebürdet“ wird. Der Stadtrat befürchtet bei einem Bruch des Hochwasserdammes der Isar können die hereinströmenden Wassermassen große Teile Untergiesings überschwemmen. Statt des festen Bahndammes fordert man deshalb die Herstellung der Bahntrasse auf Pfeilern. Die Bahnverwaltung hält aber die vorgetragenen Hochwasserängste für stark übertrieben, da genügend Öffnungen für Straßen und Bäche vorgesehen sind. Gleichzeitig stellt sie die - berechnete - Frage, ob eine leichtere Bauweise etwas an der Lautstärke und der Ästhetik ändern würde. Zum Bau des Bahndamms wird auf der gesamten Strecke zwischen dem Bergeinschnitt und der Braunauer Brücke ein sieben Meter hohes Holzgerüst aufgebaut. Diese Konstruktion trägt eine Rollbahn, mit der die Erdmassen aus dem Hangeinschnitt abtransportiert und anschließend auf beide Seiten der Holzkonstruktion herabgekippt werden. Das Holzgerüst verschwand nach und nach im aufgeschütteten Eisenbahndamm. Zehn Monate sind dafür vorgesehen, um die 60.000 Kubikmeter Erdreich, die beim Aushub des Einschnitts zwischen dem Giesinger Berg und dem Ostbahnhof anfallen, auf den Bahndamm zu verteilen. Voraussetzung ist aber, dass die Bauarbeiter pro Tag rund 750 Waggons der Rollbahn mit Erdreich be- und entladen. Auf dem Streckenabschnitt sind drei Rollbahnzüge mit jeweils sieben Waggons ständig im Einsatz. Zu erheblichen Problemen führen nach der Inbetriebnahme der Bahnstrecke die Lärmentwicklung an der Eisenbahnbrücke



am Kolumbusplatz und dem gesamten Weg des Damms. Der Lärmpegel war noch höher wie heute, da die Schienen ohne jede Geräuschdämmung direkt auf die eisernen Brückenläufe montiert worden waren.

August 1870 – Die Gemeindeverwaltung Bogenhausen will keinen ledigen Lehrer

Bogenhausen * Die Gemeindeverwaltung Bogenhausen wendet sich an die Lokalschulinspektion mit der Bitte: „Keinen ledigen Schullehrer hierher zu versetzen, der Verlockungen durch die nahe Stadt wegen“.

23. November 1870 – Das Königreich Bayern kann sich mehrere Reservatrechte sichern

München - Berlin * In den sogenannten Novemberverträgen kann sich das Königreich Bayern mehrere Reservatrechte sichern. Sie betreffen vor allem das Militär, die Eisenbahn, das Post- und Telegrafwesen, die Branntwein- und Biersteuer sowie die allgemeine Staatsverwaltung. Die Reservatrechte sind von der Aufsicht und Gesetzgebung des Deutschen Reichs befreit. Eisenbahn, Post und Biersteuer stellen wichtige Einnahmequellen dar.

Das Bayerische Heer bildet - in Friedenszeiten - einen geschlossenen Bestandteil innerhalb der Streitkräfte des Deutschen Reichs. Es steht mit eigener Verwaltung unter der Hoheit des bayerischen Königs. Doch mit dem Beginn der Mobilmachung - und damit dem Eintritt des Krieges - untersteht das bayerische Militär direkt dem Kaiser.

18. März 1871 – In Paris kommt es zum Kommune-Aufstand

Paris * In der französischen Hauptstadt kommt es zum Kommune-Aufstand, in deren Verlauf Paris den Versuch macht, eine demokratische und soziale Republik zu gründen. Die Pariser Commune will die Auflösung Frankreichs in eine Föderation von autonomen kleinen Gemeindeverwaltungen mit eigener Rechtsprechung, eigenem Militär und eigenem Unterrichtswesen, der Verstaatlichung der Produktion und so fort. Die rote Fahne und der Revolutionskalender werden eingeführt, ein Wohlfahrtsausschuss und ein Revolutionstribunal eingesetzt, Geiseln ausgehoben sowie Kirchen und Klöster geschlossen.

Doch Paris bleibt alleine, nachdem sich die Gemeinderäte der großen Provinzstädte versagen. Alleine muss Paris nun den Kampf gegen die konservative Republik ausfechten, die ihren Sitz nach Versailles verlegt hat. Dort befindet sich auch das deutsche Hauptquartier. Die Auseinandersetzungen finden unter den Augen der deutschen Militärs statt. Den



Petroleumbrennern der Communards fallen zahlreiche öffentliche Gebäude zum Opfer, darunter die Tuilerien; über siebzig bürgerliche Geiseln werden erschossen, darunter der Erzbischof von Paris.

9. Juli 1871 – Bürgermeister Alois von Erhardt stellt das Franzosenviertel-Konzept vor

München-Haidhausen * Das Einverständnisschreiben des Innenministeriums für die „Straßenzüge zum Braunauer Bahnhof in der Vorstadt Haidhausen“ enthält gegenüber der Ursprungsplanung nur geringfügige Änderungen. Daraufhin kann Bürgermeister Alois von Erhardt noch im gleichen Monat das Konzept der Öffentlichkeit vorstellen. Das Franzosenviertel ist von dem Münchner Stadtbaurat Arnold Zenetti streng geometrisch als Dreistraßanlage geplant worden. Das Konzept umschließt das künftige Straßennetz zwischen dem Bahngelände, der Stein-, Rosenheimer-, Wolfgang- und der Äußeren-Wiener-Straße und sieht den Ostbahnhof und das ihn umgebende Rondell des Orleansplatzes als Mittelpunkt des Viertels vor. „Diese Zentrierung auf den Ostbahnhof nimmt sich wie die Persiflage eines residenzstädtischen Grundrisses aus, im dem - dem Arbeiterviertel entsprechend - der Platz des Herrscherhauses von dem Pendlerbahnhof eingenommen wird“. Damit die neue Wohnsiedlung an die Vorstadt Haidhausen und an das Gasteig-Gelände angebunden werden kann, sind in Zenettis Planungskonzepten Straßendurchbrüche von der Wörth- zur Preysingstraße und Verbreiterungen der Rosenheimer-, Stein- und Milchstraße vorgesehen. Im Gegensatz zu der am Beginn des 19. Jahrhunderts angelegten Maxvorstadt und zu dem ab dem Jahr 1860 erbauten Gärtnerplatz-Viertel haben die Straßen und Plätze des Franzosenviertels erstmals unterschiedliche Breiten. Dafür sind - neben verkehrstechnischen - vor allem ästhetische Gesichtspunkte ausschlaggebend. Vom 530 Fuß messenden, halbkreisförmigen Orleansplatz ausgehend, bildet die 100 Fuß breite Wörthstraße die Mittelachse der symmetrischen Dreistraßanlage. Ihre Aufweitung - der früher als Forum bezeichnete heutige Bordeauxplatz - bildet den prunkvollen Mittelpunkt innerhalb des Franzosenviertels. An seiner Stelle beträgt die Straßenbreite 200 Fuß. Ein ebenfalls 100 Fuß breites Straßenprofil verzeichnen die Rosenheimer- und die Orleansstraße. Die Weißenburger- und die Belfortstraße verlassen das Rondell am Orleansplatz als Diagonalachsen. Diese Verkehrswege messen, ebenso wie die sie kreuzende Pariser- und Breisacher Straße 60 Fuß in der Breite. Die restlichen Straßen haben eine Breite von 50 Fuß. An den beiden diagonal verlaufenden Straßenzügen sind Platzanlagen geplant. So folgt an der Weißenburger Straße dem 220 Fuß messenden, rechteckigen Pariser Platz der im Durchmesser 300 Fuß umfassende, kreisrunde Weißenburger Platz. Spiegelbildlich zum Pariser Platz soll an der Belfortstraße ebenfalls eine quadratische Platzanlage, der Straßburger Platz, angelegt werden. Die Planung, die mit ihrer symmetrischen Straßenführung an



eine barocke Bauweise erinnert, kann aber nur dort verwirklicht werden, wo sich der Grund in der Hand eines Besitzers befindet. Im Gegensatz zu dem Baugebiet das sich überwiegend im Besitz Carl von Eichthals befindet und das etwa bis zur Wörthstraße reicht, scheitert nördlich davon der weitere Ausbau am Kloster der Frauen zum guten Hirten, das das Gelände des ehemaligen Preysing-Schlusses seit 1840 besitzt. Die Klosterverwaltung lehnt jeden Verkauf der notwendigen Grundstücke zur Fertigstellung des Franzosenviertels ab und tritt nicht einmal einen Quadratmeter Grund für die Straßenanlagen ab. Ein Opfer dieser unnachgiebigen Haltung wird der Straßburger Platz den der Königlich-bayerische Major a.D., Karl Graf von Rambaldi, im Jahr 1894 in seiner Zusammenstellung der Münchner Straßennamen wie folgt beschreibt: „Straßburgerplatz. Liegt in Haidhausen zwischen der Elsaß-, Pariser- und Belfortstraße, nördlich vom Ostbahnhof“. Doch ohne ein Entgegenkommen der Klosterschwestern kamen die weiteren Planungsarbeiten für dieses Gebiet ins Stocken. Dies auch, weil einerseits keine aussichtsreichen Enteignungsmöglichkeiten bestehen, andererseits, weil sich in den Zeiten der geometrischen Stadtplanung kein Verantwortlicher zu einer Planänderung entschließen kann.

Erst mit dem Amtsantritt Theodor Fischers, dem Vorstand des Münchner Stadterweiterungsbüros, werden die Planungen wieder aufgenommen.

1874 – Die Stadtverwaltung bezieht das Neue Rathaus

München-Graggenau * Die Stadtverwaltung bezieht das Neue Rathaus.

1877 – Die Alte Isarkaserne wird entbehrlich

München-Isarvorstadt * Durch die seit 1877 auf dem Marsfeld und dem Oberwiesenfeld errichteten militärischen Neubauten wird die Alte Isarkaserne für die Militärverwaltung entbehrlich.

25. Februar 1878 – Die Münchner Pferdetrambahn geht faktisch in neue Hände über

München * Der belgische Unternehmer Edouard Otlet, vertraglich alleiniger Besitzer der Münchner Pferdebahn, gründet die „Société Anonyme des Tramways de Munich“ mit Sitz in Brüssel und einer Vertretung in München. Damit geht die Münchner Pferdetrambahn faktisch in neue Hände über. Die Münchner Stadtväter vermuten, dass Otlet lediglich als Strohhalm einer französischen Investorengruppe fungiert. Tatsächlich handelt es sich bei der Gesellschaft um eine Aktiengesellschaft mit einem Betriebskapital von fünf Millionen Franc, finanziert durch eine



französische Kommanditgesellschaft. In der Münchner Stadtverwaltung stößt dieses Vorgehen auf deutliche Kritik – auch deshalb, weil die von Otlet eingesetzten Direktoren in München kaum Deutsch sprechen.

Juli 1879 – Der Kampf für städtische Arbeitsvermittler

München * Die Polizeidirektion erlässt Vorschriften für private Stellenvermittler und Vermittlungsbüros der gewerblichen Verbände und Innungen, um arbeitsuchende Menschen vor schlimmer Ausbeutung zu schützen. Es geht um überzogene Gebühren bei un-gewissen Erfolgen. Nach einem Bericht des Münchener Gewerkschaftsvereins aus demselben Jahr liegen die Einschreibengebühren für die privaten Arbeitsvermittler zwischen 50 Pfennigen und einer Mark. Nach der Vermittlung eines Arbeitsplatzes ist eine entsprechende Gebühr fällig, die sich nach dem zu erwartenden Lohn ausrichtet. Sie beträgt, bei einem Monatsverdienst von 10 bis 50 Mark, die Hälfte bis zu einem doppelten Monatslohn. Die Vermittlungsgebühr zahlt zuerst der Arbeitgeber, der sie dann zumeist dem Arbeitnehmer vom Lohn abzieht. Besonders häufig werden die im Stadtleben noch unerfahrenen Mädchen vom Land ausgenutzt, indem man ihnen Unterkunft und Verpflegung zu überhöhten Preisen anbot. Sie müssen häufig ihre Dienstbücher und Zeugnisse dem Arbeitsvermittler aushändigen, womit sie den unseriösen Stellenvermittlern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Die Mädchen vom Land können sich dadurch weder auf eigene Faust eine Arbeit suchen, noch andere Jobvermittler beauftragen. Erst wenn ein Arbeitsverhältnis mit einem neuen Arbeitgeber geschlossen worden ist, erhalten sie ihre Unterlagen wieder zurück. Da die polizeilich erlassenen Vorschriften auch in den folgenden Jahren keine Wirkung zeigen, ist die Einrichtung von zentralen städtischen oder staatlichen Arbeitsvermittlungen ein besonderes Anliegen der Gewerkschaften, deren Einsatz die Münchner Stadtverwaltung letztlich zu einem fortschrittlichen Handeln bewegen wird.

13. März 1880 – Schloss Fürstenried ist Prinz Ottos Privateigentum

München * Die Unterbringung des Prinzen Otto in Schloss Fürstenried wird offiziell beschlossen. Ottos Vermögensverwaltung erwirbt das Schloss um 126.915 Mark. Damit ist Schloss Fürstenried Ottos Privateigentum. Schloss Fürstenried wird der ständige Aufenthaltsort des Prinzen Otto von Bayern bis zu dessen Tod;

1881 – Teilverlagerung des Hofbräuhauses an die Innere-Wiener-Straße



München-Graggenau - München-Haidhausen * Das Sud-, Gär- und Kühlhaus sowie das Verwaltungsgebäude des Hofbräuhauses werden an den neuen Standort in der Inneren-Wiener-Straße verlegt.

1881 – Spenden sammeln für den Kirchbau

München-Lehel * Unter dem Vorsitz des Kunstmalers und Akademieprofessors Rudolf von Seitz findet sich ein Bauausschuss für den neuen Kirchenbau im Lehel zusammen, der zunächst die wichtigsten Fragen klärt. Es wird ein Kirchenbauverein gegründet, der sich vordringlich um die Organisation der erforderlichen Geldmittel kümmert. Durch Spenden kommen 105.000 Mark zusammen, die Stadt legte nochmals 100.000 Mark drauf, auch die Staatskasse gewährt, weil ja ein sichtbarer Grundstock gelegt ist, einen Zuschuss von 500.000 Mark. Mit dieser scheinbar großzügigen Summe entledigt sich der Staat jedoch aller künftigen Verpflichtungen der baulichen Unterhaltung der Kloster- und Pfarrkirche. Da das geerbte Grundstück für ein solch großes Vorhaben als Baugrund aber nicht ausreichend war, kauft die Kirchenverwaltung noch das benachbarte Montgelas-Schlösschen und das Hofbad dazu. Dafür müssen die Lechler natürlich einen Teil ihres Baukapitals opfern.

1882 – Grundstück für die neue Hauptsynagoge gesichert

München-Kreuzviertel * Die Bauplatzsuche für die neue Synagoge ist von Erfolg gekrönt. Auf persönliche Intervention von König Ludwig II. stellt die Königliche Krongutsverwaltung eines der begehrtesten Grundstücke im innerstädtischen Bereich der Haupt- und Residenzstadt dafür zur Verfügung. Es kostet 348.000 Mark und ermöglicht den Bau eines freistehenden und repräsentativen Sakralbaus. Damit hat die jüdische Gemeinde erreicht, was den protestantischen Gläubigen bis zum heutigen Tag verwehrt blieb: Ein Gotteshaus innerhalb der alten Stadtmauern.

November 1883 – Die Bedeutung des Isarquaies für München

München-Lehel * Ein Artikel in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ befasst sich mit der Bedeutung des Isarquaies für München. Der Verfasser betont darin die städtebaulich „unvergleichlich günstige Lage des Mariannenplatzes“, der sogar als Bauplatz für den Justizpalast in Erwägung gezogen worden ist. Der evangelischen Kirchenverwaltung erscheint der Bauplatz als sehr teuer, weshalb sie noch das Gelände der „I. Kraft- und



Arbeitsmaschinen-Ausstellung“ am Isartorplatz ins Gespräch bringt. Die Lokalbaukommission schlägt ihrerseits noch Standorte auf der südlichen beziehungsweise nördlichen Kohleninsel vor. Schließlich einigt man sich doch auf den Mariannenplatz als Standort für die Lukaskirche. Das Gotteshaus sollte eigentlich die protestantische Kirche für den Münchner Osten werden, doch bereits 1889 wurde am Preysingplatz in Haidhausen die Johanneskirche als evangelische Notkirche erbaut. Nun haben die Protestanten auch ihren Sammelpunkt jenseits der Isar. Doch das war bestimmt kein Zufall, denn der Architekt beider Kirchen ist Albert Schmidt, der gleichzeitig - heute kaum vorstellbar - den acht Mitgliedern der protestantischen Kirchenverwaltung in München angehörte. „Der soziale Status der protestantischen Gemeindemitglieder lag deutlich über dem Durchschnitt. Viele gehörten der geistigen und finanziellen Oberschicht an“, weshalb die Gruppierung sehr selbstbewusst auftrat, was im fundamental katholischen Bayern ganz bestimmt auch nötig war [und ist?].

1884 – Die Reichsregierung stellt Kolonie-Schutzbriefe aus

Berlin - Deutsches Reich * Die Reichsregierung beginnt mit der Ausstellung von Schutzbriefen, um die bislang als private Besitztümer geltenden, hauptsächlich in Afrika gelegenen Landstriche offiziell als deutsche Kolonien anzuerkennen und unter die Verwaltung des Deutschen Reiches zu stellen.

1884 – Verhandlungen über den Verkauf der Alten Isarkaserne

Isarvorstadt - Museumsinsel * Die Verhandlungen über den Verkauf der Alten Isarkaserne auf der Kohleninsel mit der Münchner Stadtverwaltung werden aufgenommen und 1888 abgeschlossen.

Januar 1885 – Die Au drängt auf eine eigene Isarbrücke

München-Au * Um die wirtschaftliche Entwicklung der Vorstadt Au zu fördern, wird der Antrag gestellt, eine Brücke über die Isar in Verlängerung der Corneliusstraße bis zum Mariahilfplatz zu errichten. Bereits beim Bau der Corneliusstraße ist ein solcher Brückenanschluss vorgesehen gewesen. Die Stadtverwaltung scheut jedoch die hohen Kosten, da neben dem Brückenbau auch umfangreiche Veränderungen am Flussbett und am Wehr erforderlich sind. Es wird eine Verbreiterung der Ludwigsbrücke vorgeschlagen und der neue Isarübergang südlich der Museumsinsel auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Die Bewohner der Au sind mit dieser



Entscheidung unzufrieden, da sich die Verkehrsverhältnisse auf den Brücken und Zufahrtsstraßen weiter verschlechtern. Verschiedene Initiativen forderten deshalb seit Jahren zusätzliche Isarübergänge im Münchner Burgfrieden.

3. April 1885 – Die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika übernimmt

Berlin - Deutsch-Südwestafrika * Die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika übernimmt als Verwaltungsgesellschaft das von Adolf Lüderitz erworbene Land und ihre Verbindlichkeiten und Rechte, darunter vor allem auch die Bergbaurechte.

14. Juni 1886 – Prinz Luitpold tritt auch die Regentschaft für König Otto I. an

München - Schloss Fürstenried * Nachfolger auf dem Thron des Märchenkönigs und damit Bayerns fünfter König wird dessen 38-jähriger, schwer geisteskrank, seit dem 16. März 1878 entmündigte und seit März 1880 in Schloss Fürstenried weggesperrte Bruder Otto I.. Er wird offiziell zum König proklamiert, wobei man die feierliche Ausrufung durch einen Herold allerdings unterlässt. Pro forma werden aber die Truppen auf den neuen König Otto I. vereidigt. Obwohl er den Königstitel seit dem Tag seiner Proklamation bis zu seinem Lebensende - am 11. Oktober 1916 - trägt, wird er in den bayerischen Geschichtsbetrachtungen kaum erwähnt. Otto ist dreißig Jahre lang bayerischer König; so lange wie kein anderer Wittelsbacher. Der um drei Jahre jüngere Bruder des Märchenkönigs ist allerdings wegen „schwerer und unheilbarer geistiger Umnachtung“ nicht in der Lage, die Regierungsgeschäfte wahrzunehmen. Ein von drei unabhängigen Ärzten verfasstes und in Einstimmigkeit unterzeichnetes Gutachten „über den Geisteszustand seiner Majestät Otto I. von Bayern“ kommt zu dem abschließenden Ergebnis, dass „Seine Majestät Otto I. König von Bayern in Folge langjähriger und unheilbarer Geistesstörung als verhindert an der Ausübung der Regierung zu betrachten sei, und daß diese Verhinderung mit Bestimmtheit für die ganze Lebenszeit andauern werde“. Auch der „Besondere Ausschuß der Kammer der Reichsräte“ befasst sich mit dem Gesundheitszustand des fünften Bayernkönigs. Deshalb tritt Prinz Luitpold auch die Regentschaft für König Otto I. an und damit in die in der Bayerischen Verfassung aus dem Jahr 1818 vorgesehene Regelung der Reichs-Verwesung ein. Diese ist vorgesehen, „während der Minderjährigkeit des Monarchen“ oder „wenn derselbe an der Ausübung der Regierung auf längere Zeit verhindert ist, und für die Verwaltung des Reichs nicht selbst Vorsorge getroffen hat, oder treffen kann“. Der Regent unterzeichnet als „des Königreichs Baiern Verweser“ oder - populär ausgedrückt - als Prinzregent. Die Bayerische Verfassung schließt also die Thronfolge trotz der gegebenen Regierungsunfähigkeit nicht aus.



15. September 1887 – Ludwig Peter Ritter von Klug befürwortet die Aufhebung des Bauverbots

München * Ludwig Peter Ritter von Klug befürwortet als Vorstand der königlichen Hof- und Kabinettskasse - Kraft seines Amtes - die Freigabe des bis dahin der Bautätigkeit verschlossenen Grundstückskomplexes und gibt als Vorstand der Privat-Fidei-Kommiß-Verwaltung und Angehöriger des Stiftungsrats der königlichen Relikten-Anstalt Neuberghausen selbst seine Zustimmung zur Aufhebung des Bauverbots.

16. September 1887 – Die neue Hauptsynagoge wird feierlich eingeweiht

München-Kreuzviertel * Um 17 Uhr erfolgt - unter interessierter Beteiligung der Münchner Öffentlichkeit und der offiziellen Repräsentanten von Stadt und Staat - die feierliche Einweihung der neuen, nach dreijähriger Bauzeit fertiggestellten Münchner Haupt-Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7. Ausgestattet mit 1.000 Männer- und 800 Frauen-Betstühlen ist sie - nach der Berliner und der Breslauer Synagoge - das drittgrößte deutsche jüdische Gotteshaus. Architekt der Münchner Synagoge ist Albert Schmidt, der zuvor schon die Planungen für die protestantische Lukas-Kirche, die Deutsche Bank und den Löwenbräukeller ausgeführt hat. Der gesamte Kostenaufwand von über 1,5 Millionen Mark für die Kirche und das danebenstehende Gemeindehaus hat die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Jüdischen Kultusgemeinde bis an die Grenzen des Erträglichen belastet. Die Finanzierung des ehrgeizigen Bauvorhabens erfolgt in erster Linie durch Geld- und Sachspenden, aber auch durch den Verkauf von Betstühlen, die zwischen 200 und 1.700 Mark kosten. Der Preis richtet sich nach seinem Platz innerhalb des Sakralraums und der Nähe zur Heiligen Lade. Die neue Haupt-Synagoge entwickelte sich rasch zu einem Mittelpunkt des religiösen und kulturellen Lebens der Münchner Juden. Neben den Gottesdiensten wird das Haus auch für Konzerte und Vorträge genutzt. Das Anwachsen der Kultusgemeinde und der damit verbundene erhöhte Verwaltungsaufwand macht den Bau eines neuen Gemeindehauses notwendig.

1888 – Die Stadtverwaltung kauft die Alte Isarkaserne

München-Isarvorstadt * Die Gemeinde München erwirbt als Meistbietende die Alte Isarkaserne samt sämtlicher Nebengebäude - zum Preis von 850.000 Mark.

1888 – Die Nebengebäude der Hauptsynagoge entstehen



München-Kreuzviertel * Der Bau des Verwaltungs- und Wohngebäudes an der Herzog-Max-Straße 3 und 5 - neben der Hauptsynagoge - beginnt.

1888 – Die Firma Franz Kathreiner's Nachfolger an der Mühldorfstraße 20

Berg am Laim * Die Fabrik und die Verwaltungsgebäude der Firma Franz Kathreiner's Nachfolger an der Mühldorfstraße 20 in Berg am Laim sind mit allen Maschinen, Aufzügen, Kraft-Anlagen und Beleuchtungen der Gebäude betriebsbereit.

1889 – Die Stadt München kauft das ehemalige Langer-Schlössl

München-Haidhausen * Die Stadt München kauft das ehemalige Langer-Schlössl und lässt es abreißen, um dafür ein Verwaltungsgebäude, Stallungen, Wagenhallen sowie Werkstätten für Trambahnzwecke zu erstellen. In letzter Minute erkennt der Chemiker Adolf Keim den Wert und die Unersetzbarkeit der Wandgemälde von Robert von Langer. Da aber die Stadt kein Geld zur Abnahme und Übertragung der Gemälde an einen geeigneteren Ort hat, finanziert Adolf Keim die Verlagerung der Fresken aus seiner eigenen Tasche. Selbst die Zusage der Landeshauptstadt München, die Finanzierung von fotografischen Aufnahmen der Fresken für Dokumentationszwecke zu übernehmen, lassen die Verantwortlichen auch wieder fallen. So werden die Wandgemälde - privat finanziert - in die Städtische Handelsschule an der Herrnstraße übertragen, wo sie im Zweiten Weltkrieg endgültig zerstört werden.

3. Juli 1889 – Ein Pferdestraßenbahn-Betriebshof wird errichtet

München-Haidhausen * Die Verwaltung der Landeshauptstadt München kauft von der Münchner-Kindl-Brauerei das Anwesen des Schloßwirths, das an der Stelle des ehemaligen Langerschlößls steht. Die Wirtschaft wird abgerissen und an seiner Stelle ein Pferdestraßenbahn-Betriebshof errichtet. Der im Münchner Volksmund seit altersher als Depot bezeichnete Betriebshof entsteht auf einem 4.800 Quadratmeter großen Areal. Es beherbergt ein dreistöckiges Wohngebäude mit Bureaux, eine zweistöckige Etagenstallung für 180 Pferde mit einer Rampe zum Obergeschoss, eine achtzehngleisige Wagenhalle für vierundfünfzig Trambahnwagen mit dem darüber befindlichen Hafer-, Heu- und Strohmagazin und ein zweistöckiges Werkstattegebäude mit einer Schreinerei und einer Schlosserei im Parterre sowie einer Lackiererei und einer Sattlerei im ersten Stock. Die Wagen können mit einem Aufzug in die letztgenannten Werkstätten hochgezogen werden.



Außerdem ermöglicht eine besondere Durchfahrt im Werkstattegebäude das Ein- und Ausrücken der Trambahnwagen.

1890 – Probleme der Abfallbeseitigung

München * Im Verwaltungsbericht „Über den Stand der Gemeindeangelegenheiten der königlichen Haupt- und Residenzstadt München“ werden die Zweifel an den bisherigen Methoden der Abfallsammlung deutlich formuliert. Im Abschnitt Reinlichkeitspolizei heißt es: „Die innerhalb eines Anwesens sich ansammelnden Abfälle, insbesondere der sogenannte Hauskehricht (Kehricht, Asche, Küchenabfälle), sind in München bisher zumeist in Gruben aufgespeichert worden, welche jährlich mindestens einmal geleert werden mußten. In diesem Kehricht befinden sich fäulnisserregende Stoffe, welche die Träger von Krankheiten sein können. Dies ist für die Gesundheit umso nachteiliger, als erfahrungsgemäß die Verschlüsse jener Gruben schlechte sind, ein oftmaliges Öffnen derselben nicht vermieden werden kann, ja dieselben häufig wegen Überfüllung überhaupt offen stehen bleiben. Die Sorge für die Gesundheit der Stadt verlangt eine rasche Entfernung dieser Stoffe [...] aus den genannten Anwesen. Desgleichen verlangt die Gesundheitspflege, daß bis zu dem Zeitpunkt ihrer Entfernung die Stoffe in gut verschließbaren Behältern aufbewahrt bleiben. Der Transport der Abfälle muß in gesicherter Weise stattfinden, sodaß weder sanitäre Gefahr entsteht, noch die Reinlichkeit verletzt wird“.

1891 – Die Münchner Trambahn AG zwischen Ausbaupflicht und Gewinninteressen

München * Die Münchner Aktiengesellschaft sieht sich nicht mehr in der Lage, das ihr auferlegte Bauprogramm zu erfüllen. Zwar sind seit 1882 sechs der acht zugesagten Streckenverlegungen ausgeführt worden, doch das Flächenwachstum der Stadt erfordert eine großzügige Erweiterung des Schienennetzes. Die Trambahn AG will die notwendigen Kapitalien aber nur dann investieren, wenn die Stadtverwaltung die Konzessionsdauer erheblich verlängert. Außerdem plant das privatrechtlich organisierte Unternehmen ausschließlich nach der zu erwartenden Ertragslage.

17. Februar 1892 – Der Bau von zwei Gemeindelinien

München * Die Münchner Trambahn-AG wird unter die Kontrolle der Stadt gebracht. Gleichzeitig beginnt man mit dem Bau von zwei Gemeindelinien. Zur Aufsicht der zwei Gemeindestrecken



wird vom Magistrat ein Trambahn-Ausschuss als Verwaltungsrat gebildet.

März 1892 – Zahlreiche Behörden ziehen in die Alte Isarkaserne

München-Isarvorstadt - Museumsinsel * Die Garnisonsverwaltung zieht von der Alten Isarkaserne auf der Kohleninsel nach Neuhausen. Damit beginnt die Übergabe des Geländes an die Stadt München. Diese quartiert in der ehemaligen Kaserne zahlreiche Behörden ein: die städtische Desinfektionsanstalt, die Inspektion für Blitzableiteranlagen, das polizeiliche Krankenträgerinstitut, den Sanitätsverband, die Lehrwerkstätten des Volksbildungsvereins und die Berufsschule für Friseure.

14. August 1893 – In Paris findet die weltweit erste Fahrprüfung statt

Paris * Paris führt mit dem „certificat de capacité“ die weltweit erste verpflichtende Befähigungsprüfung für Kraftfahrer ein. Polizeipräfekt Louis Lépine erlässt eine Verordnung, die erstmals eine amtliche Befähigungsprüfung für Kraftfahrer vorschreibt. Deshalb gilt dieses Datum als Geburtsstunde der Fahrprüfung. Der historische Hintergrund: Automobile waren noch selten, teilten sich die Straßen aber bereits mit Fußgängern, Pferden und Kutschen. Wer im Pariser Polizeibezirk ein Motorfahrzeug führen wollte, benötigte fortan ein „certificat de capacité“, den Vorläufer des Führerscheins. Ein Ingenieur der Bergbauverwaltung prüfte, ob der Bewerber anfahren, lenken und anhalten konnte. Auch grundlegende Kenntnisse zur Behebung technischer Störungen wurden verlangt. Eine moderne Theorieprüfung, Fahrschule oder einheitliche Prüfungsstrecke gab es noch nicht. Zugelassen waren zunächst nur Männer ab 21 Jahren. Frauen erhielten ab 1897 Zugang. Gleichzeitig galten frühe Tempolimits: 12 km/h in Ortschaften und 20 km/h außerhalb. Die Regelung betraf zunächst nur Paris und Umgebung; 1899 wurde das System auf ganz Frankreich ausgeweitet.

1894 – Das Städtische Wehramt kommt auf die Kohleninsel

München-Isarvorstadt * Ein neues Kapitel in der Geschichte der Kohleninsel beginnt. Räume der Alten Isarkaserne werden durch die Verwaltung des Städtischen Wehramts genutzt. Die Behörde hatte bis dahin ihren Sitz im Rathaus am Marienplatz.



April 1894 – Standortsuche für das Sieges-Denkmal

München-Haidhausen * Das Stadtbauamt erklärt sich mit dem Vorschlag eines „Siegfried-Brunnens im Forum der Wörthstraße“ [= Bordeauxplatz] einverstanden. Der Verwaltungsrat der Prinzregent-Luitpold-Stiftung, der die Finanzierung des Denkmals übernehmen soll, erklärt aber, dass der Standort nicht zwingend in Haidhausen sein müsse. Erstmals wird die Prinzregent-Luitpold-Terrasse in die Diskussion einbezogen. Somit stehen drei mögliche Aufstellungsorte für das „Denkmal der glorreichen Siege der bayerischen Truppen von 1870/71“ zur Verfügung: das Forum in der Wörthstraße, der Orleansplatz und die Prinzregent-Luitpold-Terrasse.

1. November 1895 – Das Städtische Arbeitsamt München öffnet seine Pforten

München-Isarvorstadt * Das Städtische Arbeitsamt München öffnet seine Pforten für arbeitsuchende Münchnerinnen und Münchner. Die bayerische Hauptstadt übernimmt mit dieser Einrichtung im Bereich der kommunalen Arbeitsvermittlung - neben einigen Städten in Württemberg - eine Vorreiterrolle. Mit sieben Mitarbeitern beginnt die Arbeitsvermittlung von gewerblichen Arbeitern, Handlungsangestellten, Dienstboten, Tagelöhnern und Lehrlingen im Südpavillon auf der Kohleninsel. Das Arbeitsamt München bezieht den Südpavillon, ein von der Alten Isarkaserne etwas abgelegenes Gebäude: die Kleine Fuhrwesenkaserne, ein Dienstgebäude mit Schreibstuben. Das Amt nimmt das ganze Gebäude ein und verfügt über zwei Telefonanschlüsse mit den Rufnummern 49 und 85, doch der Standort für den Arbeitsnachweis wird auch von der Stadtverwaltung als nicht ideal eingestuft. Die Kohleninsel liegt zwar an einer Hauptverkehrsstraße, auf der die elektrische Straßenbahn fährt, doch aus entfernteren Stadtteilen, selbst vom Westend oder von Schwabing, muss man auf komplizierte Fahrverbindungen der Pferdebahn zurückgreifen. Die Abteilungen des Arbeitsamtes sind noch nicht nach Berufsgruppen unterteilt, sondern in eine männliche und eine weibliche Abteilung gegliedert, was der damals gängigen Trennung von Männer- und Frauenberufen entspricht. Für beide Abteilungen gibt es getrennte Eingänge; auch die Arbeitgeber hatten ihren eigenen Zugang. Für die Arbeitsuchenden gestaltet sich die Stellensuche äußerst unkompliziert und Öffnungszeiten auch an Sonn- und Feiertagen zeugen von der kundenfreundlichen Grundeinstellung der neuen Arbeitsvermittlungs-Behörde. Der 124 Quadratmeter große Wartesaal der Männer kann nach Einschätzung der Verwaltung 200 bis 250 Personen fassen. Die drei Wartesäle für die Frauen befinden sich im ersten Obergeschoss. Hier hatte man Aufenthaltsräume für verschiedene Berufsgruppen eingerichtet. Der größte Warteraum war für das Privat-Personal vorgesehen, worunter man Köchinnen, Dienstmädchen usw. versteht. Ein weiterer Warteraum ist für Tagelöhnerinnen, der dritte für „wirtschaftliches und



Ladenpersonal“ eingerichtet worden. Nach dem Ausfüllen eines Formulars mit der Bezeichnung „Stellengesuch“ im Warteraum muss der Arbeitnehmer sich gedulden, bis ihn ein Glockenzeichen zum Eintreten in den Schalterraum und zur Abgabe des Formblattes auffordert.

1897 – Die Gesellschaft Hausmüllverwertung München

München - Puchheim * Die Stadtverwaltung schließt mit der Gesellschaft Hausmüllverwertung München einen Vertrag, worin sich die Stadt verpflichtet, dieser Gesellschaft den gesamten Hausunrat ohne Ausnahme zur Trennung in verwertbare und nicht verwertbare Teile zu überlassen. Die Gesellschaft baut dafür in Puchheim eigens eine entsprechende Anlage. Die Stadt sorgt dafür, dass der Müll mit der Eisenbahn nach Puchheim transportiert wird. Aufgabe der Gesellschaft ist es, aus dem Hausmüll landwirtschaftlich verwertbaren Dünger herzustellen und die hierfür nicht geeigneten Bestandteile des Mülls „hygienisch einwandfrei zu verwerten“. Ausgesondert werden Glas, Papier, Knochen, Lumpen und Metalle, außerdem Gummi, Kork und Holz. Was übrig bleibt, wird auf unfruchtbarem Moorgrund aufgeschüttet. Nach Darstellung der Süddeutschen Sonntagspost ist danach der Moorboden so fruchtbar, dass darauf sogar Futterrüben angebaut werden können.

25. Oktober 1897 – Die Stadt kontrolliert den Trambahn-Betrieb

25. Oktober 1897: München * Da im ersten Schritt nur die beiden Gemeindestrecken elektrifiziert worden sind und die Münchner Trambahn-Aktiengesellschaft auf eine Konzessionsverlängerung als Voraussetzung für die Elektrifizierung ihrer Strecken plädiert, kommt es zu einem neuen „Vertrag über die Umwandlung des Pferde- und Dampfbetriebes auf elektrischen Antrieb“. Mit dem Vertrag kontrolliert die Stadt die nur mehr formell private Trambahn-Aktiengesellschaft in Bauangelegenheiten und im Linienbetrieb. Zum städtischen Kontrollorgan des Betriebs hatte sich der Trambahn-Ausschuss herausgebildet, der im Jahr 1892 zur Aufsicht der zwei Gemeindestrecken als Verwaltungsrat eingerichtet worden war. Der Vertrag bedeutete aber auch, dass die Stadt die Kosten der Umstellung und Modernisierung zu übernehmen hatte.

21. Mai 1900 – Eine Versuchsvermittlungsstelle für 400 Teilnehmer in Hildesheim

Hildesheim * Mit der Technik der Strowger Automatic Telephone Exchange Company kann die Reichstelephonverwaltung eine Versuchsvermittlungsstelle in Hildesheim für 400 Teilnehmer in Betrieb nehmen. Diese ist jedoch noch ohne Verbindung zum öffentlichen Netz.



1902 – Kontroverse Diskussionen um die Hellabrunner Nietenfabrik

München-Giesing * Das Protokoll einer Sitzung des Münchner Magistrats macht deutlich, dass die Meinungen über die Nietenfabrikanlage von Johann Feßler in Hellabrunn so kontrovers wie zu Beginn der Planungen geführt wird. Die industriefreundlichen Befürworter betonen, die Fabrikanlage sei durch die Isarauen „dem Auge des Spaziergängers vollkommen entrückt“. Außerdem habe die Stadtverwaltung absolut keine Veranlassung, der Entwicklung des Gewerbes und der Industrie schädigende Hindernisse in den Weg zu legen, vielmehr habe sie alle Ursache, die Entwicklung der Industrie zu fördern. Der Gemeindebevollmächtigte Heller betont, er selbst sei Naturfreund „und mir ist auch ein schöner Baum lieber, als ein rauchender Kamin, aber Ausnahmen müssen in diesem Falle unbedingt bei einem so ehrenwerten Bürger Münchens gemacht werden“. Dagegen wendet der Gemeindebevollmächtigte Dr. Dürck ein: „Bürgerfreundlichkeit ist eine schöne Tugend, aber der Magistrat ist nicht bürgerfreundlich, der einem einzelnen Bürger zuliebe etwas geschehen lässt, was die Gesamtbürgerschaft auf endlose Zeit hinaus schädigt und belästigt.“ Es entwickelt sich ein Streit zwischen fundamentalistisch fortschrittsgläubigen und „grün-konservativen“ Stadträten.

4. Juni 1902 – Die Neue Isarkaserne wird an die Garnisonverwaltung übergeben

München-Isarvorstadt * Die Neue Isarkaserne an der Zweibrückenstraße wird an die Garnisonverwaltung übergeben.

15. März 1905 – Das Deutsche Reich will Marokkos Wirtschaftsinteressen verteidigen

Berlin * Reichskanzler Bernhard von Bülow gibt im Reichstag bekannt, dass das Deutsche Reich Schritte zur Verteidigung der Wirtschaftsinteressen in Marokko unternehmen wird. Dabei hatte Deutschland bis dahin niemals Einwände gegen die von Frankreich ausgeübte Kontrolle des Militärs, der Polizei, der Verwaltung, der Banken und des Handels in Marokko erhoben.

1906 – Warum soll die Stadt ein Wehramt finanzieren?

München * Die Stadtverwaltung stellt sich die Frage, warum die Stadt München überhaupt verpflichtet ist, auf ihre Kosten oder doch zum größten Teil auf ihre Kosten ein Städtisches Wehramt zu unterhalten, also eine Einrichtung, die ausschließlich militärischen Zweck dient?



1. Januar 1906 – Der FC Bayern erstmals mit roten Hosen und weißen Hemden

München * Nachdem die Bayern mit dem Münchner Sport-Club - MSC fusionieren, dabei aber ihre Eigenständigkeit und Verwaltung behalten, übernehmen die Bayern, Fußballabteilung des Münchner Sport-Clubs die Spielkleidung des MSC und begegnen künftig ihren Gegnern mit roten Hosen und weißen Hemden auf dem Spielfeld.

28. April 1910 – München muss ein Wehramt unterhalten

München * Der Verwaltungsgerichtshof entscheidet in der Frage, warum die Stadt München verpflichtet ist, ein Städtisches Wehramt zu unterhalten, zu Ungunsten der Stadt. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, eine Entscheidung der städtischen Kollegien für einen neuen Standort für das Städtische Wehramt herbeizuführen.

1912 – Paul Ludwig Troost lebt bis zu seinem Tod in der Kaulbachstraße 10

München-Maxvorstadt * Paul Ludwig Troost, der Architekt des „Hauses der Deutschen Kunst“ und der „Parteibauten am Königsplatz“, lebt bis zu seinem Tod am 21. Januar 1934 in der Kaulbachstraße 10, EG, links. Er gilt als der Architekt, der in seinen Planungen bereits die Grundzüge der nationalsozialistischen Stadtplanung festgelegt hat, wie sie später im gesamten Deutschen Reich zur Ausführung kommen.

23. Januar 1912 – Der Magistrat beschließt den Neubau des Wehramtes

München-Graggenau * Der Magistrat genehmigt am 23. Januar, das Gemeindkollegium am 8. Februar 1912 einstimmig den Vorschlag, das Städtische Wehramt auf ein Areal zwischen dem Barackenkasernement Oberwiesenfeld und der Prinz-Leopold-Kaserne an der Winzererstraße zu errichten. Die Planung sehen ein Hauptgebäude mit dahinterliegendem geräumigen Hof vor, der an allen drei Seiten von erdgeschossigen, nicht unterkellerten Nebengebäuden eingefasst wird. Das Hauptgebäude soll die Amtsräume aufnehmen. Die Gesamtkosten des neuen Wehramtes betragen ohne Grund und Boden 679.625 Mark. Die Stadt München ist damit die erste Gemeinde im Deutschen Reich, welche für die Verwaltung der ihr zukommenden Militärangelegenheiten ein eigenes Gebäude errichtet hat.

1. August 1914 – Die Mobilmachung wird Bayern 108 Millionen Mark kosten



Berlin - München * Mobilmachung bedeutet, dass das bestehende Friedensheer erst durch die Reservisten verstärkt und damit operationsfähig gemacht werden muss. Die Reservisten werden eingezogen und damit mobilisiert. In Friedenszeiten umfasst das Heer reichsweit circa 750.000 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften und 158.000 Pferde. Nach dem Abschluss beträgt die Stärke des deutschen Heeres 3.840.000 Mann und 880.000 Pferde. Das Heer teilt sich in das Besatzungsheer und das eigentliche Feldheer, das 2.398.000 Mann und 730.000 Pferde umfasst. Die sogenannten Ersatztruppen, deren Soldaten zum Ausgleich der erwarteten Verluste bereitstehen, zählen 954.000 Mann. Damit sind in den Heimatgarnisonen - nach dem Ausmarsch des Feldheeres - mehr Soldaten vorhanden als in Friedenszeiten. Die bayerische Armee ist ein Teil des deutschen Reichsheeres - mit eigener Verwaltung. Im Frieden umfasst sie rund 90.000 Soldaten und 17.000 Pferde. Nach der Mobilmachung steigt die Zahl der Soldaten auf 416.000, die der Pferde auf 90.000. Das bayerische Feldheer zählt 300.000 Mann und 82.000 Pferde. Die Mobilmachung wird Bayern 108 Millionen Mark kosten.

30. November 1914 – 50.000 Münchner werden dauernd unterstützt

München * Im November 1914 werden 50.000 Personen beziehungsweise Familien vom Wohlfahrtsausschuss, von den Stiftungsverwaltungen und von der Armenpflege dauernd unterstützt.

19. März 1918 – Nach drei Wochen endlich zum Zahnarzt

München-Stadelheim * Die seit Ende Februar an Zahnschmerzen leidende Sarah Sonja Lerch wird im Gefängnis Stadelheim vom Zahnarzt behandelt. Drei Wochen hat das Warten gedauert, was von der Behörde auf den komplizierten Verwaltungsweg zurückgeführt wird. Aber eigentlich ist das Folter.

26. Juli 1918 – Der Reichsfinanzhof in die Bogenhauser Ruine

Berlin * Das Gesetz zur Errichtung des Reichsfinanzhofs und die förmliche Bewerbung der Stadt München als Sitz dieses Gerichts bringt eine Wende in der Frage, was aus der „Bogenhausener Ruine“ werden soll. Dass der Reichsfinanzhof nach München kommt, ist keineswegs selbstverständlich - Berlin wäre als Reichshauptstadt der „natürliche“ Standort gewesen. Ausschlaggebend ist, dass die Entscheidung nicht beim Reichstag, sondern beim Bundesrat, der Länderkammer des Kaiserreichs, liegt. Dieser bestimmt München zum Sitz des neuen Gerichts.



Die Gründe für die Entscheidung zugunsten Münchens sind: Bayerische Eigeninteressen: Das Königreich drängt darauf, ein Reichsorgan auf seinem Territorium zu erhalten, nachdem Leipzig bereits das Reichsgericht und Berlin die meisten Reichsbehörden beherbergt. Als zweitmächtigster Bundesstaat nach Preußen will Bayern nicht leer ausgehen. Föderaler Ausgleich: Die Standortwahl ist ein Zugeständnis an Bayern und Ausdruck der Anerkennung seiner Bedeutung im Reich. Politische Stabilität: Kurz vor Kriegsende soll Bayern als wichtiger Bundesstaat enger an das Reich gebunden werden. Praktische Voraussetzungen: München verfügt über die notwendige juristische und verwaltungstechnische Infrastruktur. Zudem steht mit dem „Fleischer-Schlössl“ ein geeignetes Gebäude zur Verfügung, das nach Ausbau als Dienstsitz des Reichsfinanzhofs genutzt werden konnte.

15. Oktober 1918 – Die Liberale Fraktion stellt ihre Forderungen vor

München * Die Liberale Fraktion der Bayerischen Abgeordnetenversammlung fordert die Abschaffung des bisherigen Beamtenministeriums, die Bildung einer Volksregierung auf parlamentarischer Grundlage unter Beschränkung der königlichen Gewalt und Beiziehung der Sozialdemokraten. Die sofortige Beschlussfassung über die nötigen verfassungsrechtlichen Umgestaltungen und Verwaltungsreformen, insbesondere auch die Einführung des Verhältniswahlrechts.

21. Oktober 1918 – Der Sozialdemokratische Verein für die Wahlkreise München I und II fordert

München * Der Sozialdemokratische Verein für die Wahlkreise München I und II fasst in seiner außerordentlichen Generalversammlung den einstimmigen Beschluss zur sofortigen Parlamentarisierung und Demokratisierung der bayerischen Staatsverfassung unter Aufhebung der Reichskammer, für ein Wahlrecht für beide Geschlechter, dem die Verhältniswahl zugrunde liegt, sowie für die Umgestaltung der Verwaltung.

31. Oktober 1918 – Zwangsaufenthalt für Erich Mühsam und Josef Sontheimer aufgehoben

Berlin - München * Auf Anordnung aus Berlin hebt die Militärverwaltung den Zwangsaufenthalt für Erich Mühsam und Josef Sontheimer in Traunstein auf.



6. November 1918 – Erhard Auer spricht zum Thema: Was wollen wir Sozialdemokraten?

München-Au * Im Franziskanerkeller spricht der SPD-Reichstagskandidat Erhard Auer zum Thema „Was wollen wir Sozialdemokraten“ und fordert die Abdankung des Kaisers und des deutschen Kronprinzen, die Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung, die Änderung des Mannschaftsbeschwerdegesetzes, eine Arbeitslosenversicherung und den Achtstundentag. Die Anwendung von Gewalt lehnt er ab.

7. November 1918 – Gemeinsame Forderungen von SPD und USPD formuliert

München * Am Vormittag treffen sich die Veranstalter der Kundgebung, USPD und SPD, im Gewerkschaftshaus zur Abstimmung des Ablaufs der Massendemonstration. Sie einigen sich auf einen gemeinsamen, acht Punkte umfassenden Forderungskatalog. Er beinhaltet: Den sofortigen Abgang des Kaisers und den Verzicht seines Thronfolgers. Die Verteidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung. Die Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen hemmen. Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorganisation. Annahme der Waffenstillstandsbedingungen; grundsätzliche Ablehnung des von den Alldeutschen propagierten Gedankens der nationalen Verteidigung. Sofortige Ergreifung aller Maßregeln, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei Abrüstung und Heimbeförderung der Truppen verbürgen. Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten. Umfassende soziale Fürsorgemaßnahmen für die Notleidenden; Arbeitslosenversicherung; achtstündiger Arbeitstag. Bei der Besprechung hat Kurt Eisner „darauf aufmerksam gemacht, dass die Massen doch vielleicht etwas anderes wollen als eine Art feierlichen Spaziergangs“.

8. November 1918 – Eisner spricht mit den Vereinigten Verkehrsverbänden

München-Kreuzviertel * Unmittelbar bevor Kurt Eisner zur Konstituierenden Sitzung des Provisorischen Nationalrats des Volksstaates Bayern kommt, führt er Gespräche mit Vertretern der Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals. Bei diesen Vertretern ist nichts von einer „Lähmung“ zu spüren, die die Spitzen der bayerischen Verwaltung befallen hat. Sie sind sich sofort nach dem Umsturz im Klaren, was sie zu tun haben. Denn bereits nach der Kieler Matrosenrevolte haben sie den weiteren Gang der Dinge „geahnt“.



8. November 1918 – Die MSPD setzt in Regensburg einen Arbeiterrat ein

Regensburg * Meuternde Soldaten lösen in Regensburg die Revolution in aus. Ein durch die örtliche MSPD gegründeter Arbeiterrat setzte sich an die Spitze der revolutionären Bewegung und verhindert, dass es zu Ausschreitungen kommt. Der Arbeiter- und Soldatenrat ordnet sich der Stadtverwaltung unter, um die prekäre Versorgungslage nicht zu gefährden.

9. November 1918 – Die Schack-Galerie wird beschlagnahmtes preußisches Kronvermögen

Berlin - München-Lehel * Mit der Revolution und der damit verbundenen Beendigung der Monarchie und des Kaisertums fällt die Schack-Galerie in der Münchner Prinzregentenstraße unter das beschlagnahmte Kronvermögen und wird künftig von der Krongutverwaltung des Berliner Finanzministeriums betreut.

10. November 1918 – Großveranstaltung der Beamten im Bavariakeller

München-Ludwigsvorstadt * 15.000 bis 18.000 folgen der Einladung des Ausschusses der Vereinigten Verkehrsverbände zur Kundgebung in den Münchner Bavariakeller. Dieser kann die Massen nicht aufnehmen, sodass gleichzeitig drei Kundgebungen abgehalten werden müssen: Eine im Bavariakeller, zwei im anschließenden Garten. Dem Forderungskatalog voraus steht das Bekenntnis: „Die bayerischen Verkehrsangehörigen fügen sich der bestehenden Regierungsgewalt ein. Sie betrachten das Volkswohl als ihr oberstes Gesetz und geloben, ihm ihre volle Kraft zu widmen“. Gefordert wird: „Bildung eines Rates der Verkehrsangehörigen durch die Vereinigten Verbände, der dem Verkehrsministerium beizuordnen ist, Besetzung der oberen leitenden Beamtenstellen der Verkehrsverwaltung nur im Einvernehmen und mit Zustimmung dieses Rates, alle sozialen und volkswirtschaftlichen für das Personal sind nur gemeinsam mit dem Rate zu treffen, sofortige Aufnahme von Vertrauensmännern des Personals in den Arbeiter- und Soldatenrat, achtstündiger Arbeitstag und sechstägige Arbeitswoche.“ Die Entschließung wird sofort dem Arbeiter- und Soldatenrat zugeleitet.

11. November 1918 – Achtstundentag bei der Bayerischen Verkehrsverwaltung

München - Bayern * Bei allen Betrieben der Bayerischen Verkehrsverwaltung erfolgt die Einführung des Achtstundentages und die Abschaffung der Stücklohn- und Prämienarbeit.



11. November 1918 – Die Königliche Zivilliste wird Staatseigentum

München-Kreuzviertel * Der Ministerrat erklärt die Königliche Zivilliste als Staatseigentum. Sie wird umbenannt in Verwaltung des ehemaligen Kronguts.

12. November 1918 – Vorkehrungen zum Schutz von Leben und Eigentum der Bürger

München * Innenminister Erhard Auer weist die Bezirksämter und Gemeindeverwaltungen an, selbst Vorkehrungen zum Schutze von Leben und Eigentum der Bürger zu treffen.

13. November 1918 – Forderungen zu freiwilliger Zucht und Unterordnung

München * Ministerpräsident Kurt Eisner, der Minister für militärische Angelegenheiten Albert Roßhaupter und der Arbeiter- und Soldatenrat Sauber fordern die Soldaten zu freiwilliger Zucht und Unterordnung auf. Im ganzen Land werden Übergriffe und Eingriffe der Arbeiter- und Soldatenräte in das öffentliche Rechtsleben und die Verwaltung beklagt.

18. November 1918 – Richtlinien für die Räte werden erarbeitet

München * Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte werden erarbeitet. Dabei treten die gegensätzlichen Vorstellungen des Ministerpräsidenten Kurt Eisner und des Innenministers Erhard Auer deutlich zu Tage. Im Entwurf des MSPD-Politikers Erhard Auer vom 18. November 1918 ist die Bildung von Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte nur im Bedarfsfalle vorgesehen. Die Räte sollen dann für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen. Eine Vollzugsgewalt steht ihnen nicht zu. Der Vollzug der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften soll den seitherigen Stellen und Behörden vorbehalten bleiben. Für Erhard Auer sind die Arbeiter- und Bauernräte hauptsächlich Hilfseinrichtungen und sind damit der Verwaltung eindeutig untergeordnet.

18. November 1918 – Im Wagnersaal findet die erste Frauenversammlung statt

München-Ludwigsvorstadt * Im Wagnersaal in der Sonnenstraße findet die erste Frauenversammlung statt. Lida Gustava Heymann fordert die Gründung eines eigenen Frauenrates. Er soll politisch noch unorientierte Frauen unterrichten und dafür Sorge



tragen, dass Frauen Zugang zu allen Berufen und allen entscheidenden Positionen in Staat und Verwaltung erhalten können sowie gewährleisten, dass auf den Wahllisten der Parteien zur Nationalversammlung und zum Landtag eine entsprechende Anzahl von Frauen vertreten sind.

19. November 1918 – Vorseilende Vorschriften für die Räte

München * Obwohl über die Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte erst am 26. November 1918 abschließend beraten werden wird, macht Innenminister Erhard Auer in einem Schreiben deutlich: „Den Arbeiterräten steht keinerlei Vollzugsgewalt zu. Die bisherigen Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften bleiben in Kraft und werden von den gesetzlich berufenen Behörden, Stellen und Körperschaften vollzogen. Die Arbeiterräte haben lediglich im Benehmen mit den zuständigen staatlichen und gemeindlichen Stellen und im Rahmen einer hierüber getroffenen Vereinbarung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen und allenfalls die Durchführung weiterer Aufgaben dieser Stellen zu unterstützen.“

20. November 1918 – Die Verwaltung des ehemaligen Kronguts entsteht

München * Der Königliche Obersthofmeisterstab wird in die Verwaltung des ehemaligen Kronguts umgewandelt. Aus dieser wird 1932 die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen.

21. November 1918 – Eduard Schmid fordert Reformen im Rathaus

München-Graggenau * Der Mehrheitssozialist Eduard Schmid fordert in der Magistratssitzung im Münchner Rathaus in einem Antrag eine Vereinfachung der Stadtverwaltung, eine schrittweise Reform, die der neuen politischen Lage angepasst ist, die sofortige Herstellung der „notwendigen Fühlung [...] mit den zuständigen Stellen des Volksstaates“. „Die Kommunalverbände sollen zunächst durch das Wirken des Arbeiter- und Soldatenrates nicht beeinflusst werden.“

21. November 1918 – Keine Vollzugsgewalt für die Räte

München * In einem seiner vielen Briefe und Telegramme an die Behörden und Bezirksämter schreibt Innenminister Erhard Auer unter dem Betreff: Befugnisse der Soldaten-, Arbeiter- und



Bauernräte folgende Zeilen: „Den Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräten steht keinerlei Vollzugsgewalt zu. Sie haben daher jeden Eingriff in die staatliche und gemeindliche Verwaltungstätigkeit zu vermeiden. Der Vollzug der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften wird grundsätzlich nach wie vor von den seitherigen Stellen und Behörden wahrgenommen.“

22. November 1918 – Die Vorläufige Verordnung für die Soldatenräte unterzeichnet

München * Der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, und Fritz Sauber vom provisorischen Landessoldatenrat unterzeichnen die Vorläufige Verordnung für die Soldatenräte. Sie beinhaltet die Gehorsamspflicht der Soldatenräte und die ausschließliche Befehlsgewalt der militärischen Führer während des militärischen Dienstes. Die Soldatenräte sind zu „Eingriffen in nichtmilitärische Gebiete, z.B. in die Zivilverwaltung [...] nicht befugt“.

17. Dezember 1918 – Neue Bestimmungen für die Arbeiterräte

München * Die Regierung erlässt Bestimmungen über Organisation und Befugnisse der Arbeiterräte. Sie lösen die Vorläufigen Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte ab. Eine inhaltliche Verbesserung über die Befugnisse der Räte bringen die Bestimmungen nicht. Es bleibt bei der Vorrangstellung der Behörden. Die Bestimmungen für die Arbeiterräte bleibt die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Arbeiterräte, bis der Landtag am 21. Mai 1920 das Gesetz über die Aufhebung der Arbeiterräte beschließt. Die Anordnung enthält drei wichtige Sonderbestimmungen, deren Auswirkungen sich auf den ersten Blick nicht gleich offenbaren. Soldatenräte sind von den Arbeiterräten völlig zu trennen. Ihre Bezahlung erfolgt ausschließlich durch den Militärhaushalt. Die Bauernräte sind mit den Arbeiterräten zusammenzuschließen. Nur Arbeiterräte haben das Recht auf staatliche Bezüge.

18. Dezember 1918 – Der Räte-Kongress beschließt die Hamburger Punkte

Berlin * Im Ersten Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands kommt es zu einer Debatte über die von den protestierenden Soldaten der Volksmarinedivision vom Vortag vorgetragenen Punkte. Durch die sogenannten Hamburger Punkte steht das deutsche Militär vor einem demokratischen Neubeginn wie noch nie vor diesem 18. Dezember. Die sieben Punkte werden nahezu einstimmig vom Kongress beschlossen: Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams wird die



Entfernung aller Rangabzeichen und des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Überzeugung, dass die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr. Entfernung der bisherigen Achselstücke usw. ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen ihrer Truppenteile genießen, dürfen wiedergewählt werden. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange sind im Interesse der Demobilisierung in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.

13. Februar 1919 – Reichskanzler Philipp Scheidemann stellt das Regierungsprogramm vor

Weimar * Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann stellt das Arbeitsprogramm der neuen Reichsregierung vor. Es beinhaltet: den sofortigen Friedensschluss, die Demokratisierung der Verwaltung, die Schaffung eines demokratischen Volksheeres, die öffentliche Kontrolle privatmonopolistischer Wirtschaftszweige, die Sozialisierung der Bergwerke und der Energiebetriebe, die verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und soziale Verbesserungen.

17. Februar 1919 – Auch in Mitteldeutschland wird gestreikt

Mitteldeutschland * Im mitteldeutschen Industriegebiet beginnt ein Generalstreik, nachdem das Wolff'sche Telegraphenbüro meldete: „Kein Mitglied des Kabinetts denkt daran oder hat je daran gedacht, das Räteresystem in irgendeiner Form, sei es in der Verfassung, sei es in dem Verwaltungsapparat, einzugliedern.“

21. Februar 1919 – Kurt Eisners letzte Rede

München-Kreuzviertel * Die aufgrund von Kurt Eisners Ermordung nicht mehr gehaltene Rücktrittsrede beginnt mit den Worten: „Meine Herren und verehrte Frauen!“. In seinem



Tätigkeitsbericht führt er zu seiner 105 Tage andauernden Regierungszeit folgendes aus: „[...] Am 8. November kam die revolutionäre Regierung zustande, die heute vor den von ihr versprochenen neuen Landtag tritt. In diesem Augenblick ist es uns ein Bedürfnis, Rechenschaft abzulegen, was wir gewollt, was wir getan. In einer Zeit der schwersten Erschütterungen, des drohenden Zusammenbruchs übernahmen wir die Regierung und führten sie bis hierher durch Monate aufreibender Arbeit, ernster Gefahr und leidenschaftlicher Erregungen. Wir waren uns bewusst, dass wir die Aufgabe von ungeheurer Verantwortlichkeit auf uns genommen hatten, trotz der verhängnisvollen Erbschaft eines unter den Flüchen des Volkes zusammengebrochenen Systems das im tiefsten Grunde kranke Leben der Gemeinschaft allmählich der Genesung näherzuführen. Genesung auf dem Wege, dass das Volk in dem es im Aufschwung revolutionärer Kraft zur Selbstbestimmung emporwuchs, mit dem neuen Bewusstsein der eigenen Macht, im Kampf um die Sicherung seiner Freiheit, im Glauben an den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus, durch das Elend der Gegenwart sich in die Zuversicht künftiger Größe rettete.[...]“ Kurt Eisner geht in seiner Abschiedsrede als Ministerpräsident auf die Erfolge in den verschiedenen Ressorts ein. So hebt er seinen Kampf um die „föderative Grundlage unseres deutschen Staatenbundes“ hervor, da „ein großes Staatswesen sich um so reicher und gesünder entfalte, je lebendiger und selbstständiger die einzelnen Glieder sich zu gestalten vermöchten“. Zu seiner Friedenspolitik führt er aus: „Nur eine Politik der unbedingten Wahrhaftigkeit, der kühnen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens führt zu jenem Frieden, nach dem die zertretende Menschheit schmachtet“. Er hebt seine Anstrengungen zur Wiederherstellung der durch den Krieg zertrümmerten „Internationale der Arbeiter“ hervor, denn nur wenn sie erstarkt, ist die Freiheit jeden Volkes verbürgt. In Eisners Redemanuskript liest sich das so: „So fasste ich - wenn mir eine mehr persönliche Zwischenbemerkung gestattet ist - meine Arbeit jüngst in Bern auf, wo ich erreichte, dass die Vertreter aller Völker, Hass und Erbitterung vergessend, für die Erlösung der deutschen und österreichischen Gefangenen sich vereinigten“. Der Passus zu den „Räten“ ist vergleichsweise kurz gehalten, obwohl sie die Stütze der Eisner'schen Politik bilden. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, „dass die Räte sich in jenen Grenzen, in denen sie sich bei uns entwickelt haben, als unentbehrlich für die Schaffung einer tätigen Demokratie erweisen werden“. Ein weiteres von Kurt Eisner angesprochenes Thema ist die „Ernährungslage“. Dabei stellt er fest: „Im allgemeinen sind die Ernährungsverhältnisse nach der Revolution bei uns in Bayern zum mindesten nicht schlechter geworden. Sehr ungünstig ist nach wie vor unsere Versorgung mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen“. Dabei stellt er dar, welche Maßnahmen von der Regierung eingeleitet worden sind. Breit behandelt Eisner das Thema „Demokratisierung“, die auch in der „Gemeinde, Distrikt und Kreis beachtet werden, deren Selbstverwaltung [...] durchgeführt werden wird“. Und weiter: „Das Kriegsministerium hat sich nach der Revolution in ein Ministerium für militärische Angelegenheiten, in ein Ministerium zur Liquidierung des Krieges gewandelt. [...] Die Demokratisierung der Armee [...] wurde durchgeführt. [...] Die Änderung der



Militärgerichtsordnung war eine wichtige Errungenschaft des neuen Geistes“. Nun folgt eine Beschreibung über die politischen Umwälzungen und Demokratisierung in der Justizverwaltung und die Einrichtung von Volksgerichten. Auch auf Fragen der Amnestie und Begnadigungen geht Kurt Eisner in seinem Redeentwurf ein. Ein weiterer Punkt seines Tätigkeitsberichts ist die Tätigkeit des Kultusministeriums, das „die Erneuerung des gesamten Volksbildungs- und Erziehungswesen“ vorbereitet hat. Im Verhältnis von „Schule und Kirche“ erklärt er: „Für jede Demokratie kann nur der unantastbare Grundsatz gelten, dass die Freiheit der Schule zugleich mit der Freiheit der Kirche gesichert werden müsse“. Eisner erklärt die „Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht“ und die „Aufhebung des Zwangs zur Teilnahme am Religionsunterricht“ den Grundsatz, dass „ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden dürfe. Das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern wurde durch die Errichtung von Schülerratschüssen und Schülerversammlungen freier gestaltet“. Außerdem erklärt der Ministerpräsident, dass „die Entwürfe des Volksschullehrergesetzes und des Schulbedarfsgesetzes einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen wurden“. Ein weiterer kultureller Bereich sind die staatlichen Theater. Dazu führt Kurt Eisner aus: „Infolge der Revolution kamen die ehemaligen Hoftheater in den Bereich des Kultusministeriums. In dem jetzigen Nationaltheater vollzog sich zugleich die Demokratisierung des gesamten Betriebes“. Nun folgen Kurt Eisners Ausführungen zur bayerischen Verkehrsverwaltung und der Finanzverwaltung. Sehr ausführlich geht er auf die Tätigkeit des am 14. November 1918 neu geschaffenen Ministeriums für soziale Fürsorge ein. Er hebt dabei hervor, „die Schaffung neuer Referate, um die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit allen staatlichen Mitteln wahrzunehmen. Es wurde ein Referat für Arbeitsrecht geschaffen, für Angestelltenfragen, für Beamtenfragen usw.. Die Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung und im Wohnungswesen wurden ausgebaut und durchgeführt, soweit es unter den bestehenden Verhältnissen möglich war. Leider konnten in dieser kurzen, unruhigen Zeit nicht alle Pläne, die das Ministerium entworfen hatte, befriedigend ausgeführt werden. Der Gewerbeaufsicht, dem Gesundheitswesen, den Kriegsbeschädigten wandte das Ministerium seine größte Aufmerksamkeit zu. Es sind auch hier Erfolge zu verzeichnen, doch nicht in so großem Maße, wie es im Interesse der leidenden Volksgenossen unbedingt notwendig gewesen wäre. Für die Parias [= jemand, der unterprivilegiert, von der Gesellschaft ausgestoßen ist] unter dem arbeitenden Volk, für die sogenannten Dienstboten, wurde ein neues Recht geschaffen. Ein Landarbeiterrecht ist in Ausarbeitung, wobei alle beteiligten Kreise der Landwirtschaft mitarbeiten. Der Kleinwohnungsbau, das Siedlungswesen wurden in weitgehendem Maße gefördert. Notstandsarbeiten wurden angeregt und Zuschüsse wurden zur Verfügung gestellt, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, denn das Problem der Arbeitslosen kann nur durch Arbeitsbeschaffung gelöst werden. Die sozialpolitische wichtigste Tat des Ministeriums war die Proklamierung des Achtstundentages, die von der Erkenntnis



ausgang, das die rationelle Verkürzung der Arbeitszeit der Ausgangspunkt aller sozialpolitischen Maßnahmen, die auf die physische, geistige und moralische Hebung der Arbeiterklasse abzielen, sein muss. Für Erwerbslosenunterstützung wurden im Dezember rund zwei Millionen, im Januar rund zehn Millionen verausgabt. Zur Deckung der Kosten der Notstandsarbeiten wurde dem Haushalt des Ministeriums die Summe von zwölf Millionen Mark bewilligt und für überschreitbar erklärt. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen wurden im ganzen rund zwei Millionen Mark Reichszuschüsse und eine Million Staatszuschüsse zugesichert“. Soweit seine Ausführungen zum Sozialministerium. Kurt Eisners Rede, die er aufgrund seiner Ermordung nicht mehr im bayerischen Landtag vortragen könnte, endet mit den Worten: „Die revolutionäre Regierung hat einstimmig beschlossen, ihre Ämter dem auf dem revolutionären Wahlrecht beruhenden Landtag zur Verfügung zu stellen. Sie ist zugleich bereit, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Um die Neubildung zu beschleunigen, wird die Regierung unverzüglich dem Landtag den Entwurf eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes zur Beratung und Beschlussfassung zugehen lassen, das bis zur Vollendung der Verfassung die Grundlage für die Arbeiten des Parlaments und der Regierung bieten soll. Ein Entwurf der Verfassung selbst ist gleichfalls fertig gestellt; wir wollen ihn noch als Vermächtnis unserer demokratischen und sozialistischen Gesinnung der Öffentlichkeit übergeben, bevor die bisherige revolutionäre Regierung von dem Werk zurück tritt, über das das letzte Urteile die Geschichte fällen wird.“

22. Februar 1919 – Bisherige Minister führen ihre Ressorts weiter

München-Kreuzviertel * Die bisherigen Minister Dr. Edgar Jaffé, Hans Unterleitner und Heinrich Ritter von Frauendorfer richten an den Zentralrat des Volksstaates Bayern das nachstehende Schreiben: „Die Unterzeichneten haben im Interesse des Landes seit dem 21. Februar 1919 die laufenden Geschäfte ihres Ressorts weitergeführt und sind auch bereit, dies fürderhin zu tun, bis eine neue Regierung gebildet ist. Sie erklären ausdrücklich, dass sie lediglich verantwortlich sind für die von Ihnen innerhalb ihres Verwaltungsbereiches getroffenen Maßnahmen. Sie stellen fest, dass sie die allgemeine Führung der Regierungsgeschäfte und für die Maßnahmen des Zentralrats keinerlei Mitverantwortlichkeit tragen, insbesondere auch nicht die Festnahme und Einbehaltung von Geiseln, sowie für die gegenüber der Presse getroffenen Maßnahmen.“

7. April 1919 – Der Revolutionäre Zentralrat proklamiert die Räterepublik

München * In Zeitungen und auf Flugblättern proklamiert der Revolutionäre Zentralrat die Räterepublik. Der Landtag wird als „aufgelöst“ erklärt. Das von ihm eingesetzte Ministerium



sei zurückgetreten. (Was nicht stimmt.) Außerdem wird erklärt, dass die gesamte öffentliche Gewalt und die Kontrolle der Verwaltungen durch die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte übernommen wird.

11. April 1919 – Das Gemeindkollegium lehnt die Räterepublik ab

München * In einer geheimen Sitzung beschließt das Münchner Gemeindkollegium die Ablehnung der Baierischen Räterepublik. Die Räteregierung ernennt daraufhin Emil Schmaderer zum Regierungskommissar für die Gemeindeverwaltung München.

19. April 1919 – Der Straßenbahnbetrieb wird wieder aufgenommen

München * Karsamstag: Die Stadtverwaltung darf nach über fünftägiger zwangsweiser Stilllegung den Straßenbahnbetrieb wieder aufnehmen. Damit sollen Einnahmen sichergestellt werden.

2. Mai 1919 – Kampfhandlungen rund um das Maximilianeum

München-Haidhausen * Im Rahmen der Kampfhandlungen zwischen den Weißen Truppen und der Roten Armee kommt es auch zu Kampfhandlungen rund um das Maximilianeum. Ein von den Spartakisten vorgenommener Beschuss führt zu einem Volltreffer im oberen Rundbogen des Nordturms. So jedenfalls schreibt es der Vorstand von Riezler an den Verwaltungsausschuss.

5. Mai 1919 – Die Leitung der Volksschulen wird Lehrerräten übertragen

München - Freistaat Bayern * Die Leitung der Volksschulen wird Lehrerräten übertragen. An größeren Schulen, wo die Schulleitung nicht ehrenamtlich zu besorgen ist, kann die Gemeindeverwaltung auf Vorschlag des Lehrerrats einen Lehrer hauptamtlich mit der Schulleitung beauftragen. Er ist jedoch nicht Vorgesetzter anderer Lehrer.

11. Mai 1919 – Die militärische, politische und verwaltungsmäßige Führung Münchens

München * Das Bayerische Reichswehr Gruppenkommando Nr. 4 - Gruko übernimmt die militärische, politische und verwaltungsmäßige Führung und Überwachung in München, nachdem



die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann aufgrund der politischen Situation nach Bamberg geflohen war.

6. Dezember 1921 – Löwenbräu und Bürgerliches Brauhaus schließen sich zusammen

München * Die wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkriegs führen zu einer weitreichenden Neuordnung der Münchner Brauwirtschaft. Die Löwenbräu AG und das Bürgerliche Brauhaus München fusionieren. Beide Unternehmen leiden unter den Folgen des Krieges, dem Verlust wichtiger Exportmärkte, Rohstoff- und Brennstoffmangel sowie stark gestiegenen Produktionskosten. Besonders deutlich zeigt sich die Krise beim Bürgerlichen Brauhaus: Sein Bierausstoß ist von rund 219.000 Hektolitern im Braujahr 1912/13 auf nur noch 104.000 Hektoliter 1919/20 zurückgegangen. Die vor dem Krieg für einen wachsenden Absatz geschaffenen Produktionsanlagen sind damit nicht mehr ausgelastet. Durch den Zusammenschluss können die beiden Brauereien ihre Herstellung, Verwaltung und Vertriebsorganisation bündeln, vorhandene Kapazitäten besser nutzen und ihre Position auf dem Münchner wie auch auf dem überregionalen Biermarkt stärken. Am 6. Dezember 1921 wird der Fusionsvertrag unterzeichnet und am 28. Dezember 1921 zu außerordentlichen Generalversammlungen eingeladen, auf denen die Aktionäre beider Brauereien dem Vorhaben zustimmen sollen.

1926 – Die Stadtverwaltung weitet den Münchner Burgfrieden aus

München-Theresienwiese * Die Stadtverwaltung erwirbt erneut Privatgrundstücke auf der Theresienwiese und weitet damit den Münchner Burgfrieden auf das Gebiet der Nachbargemeinde Untersending aus.

4. Juli 1926 – Grundsteinlegung für die neuen Vereinsanlagen des TSV München-Ost

München-Obergiesing * Ein Jahr dauerten die Planungsarbeiten und nun kann der Grundstein für die neuen Vereinsanlagen des TSV München-Ost an der St.-Martin-Straße gelegt werden. „Ein imposanter Festzug bewegte sich vom Vereinslokal in der Kellerstraße durch Haidhausen zur Baustelle.“ Obwohl die Grundsteinlegung ein Fest für den ganzen Münchner Osten ist, erscheint kein offizieller Vertreter der Stadt. Doch unabhängig von der Geringschätzung einer konservativ-völkisch-nationalen Stadtregierung und Stadtverwaltung kommt der Bau zügig voran.



August 1929 – Ein „Florida für die Armen“ mitten in Haidhausen

München-Haidhausen * In der Münchner Chronik der Süddeutschen Sonntagspost findet sich eine Reportage über die Vorkommnisse während der besonders heißen „Hundstage“. Ein Journalist beschreibt darin, mit welcher jubelnder Begeisterung die Haidhauser, besonders die Kinder, den neuen Brunnen angenommen haben. „Der Magistrat“, so der Zeitungsschreiber, hat den Kindern „ein kleines Paradies“ spendiert, ein „Florida für die Armen“, mit frischem, kaltem Wasser und einer Fontäneninsel in der Mitte, bei dem eigentlich nur die einladende Tafel „Familienbad für Kinder“ fehlt. Die Kleinen waten „lustig hinein in den Märchenbrunnen zu den dreißig anderen, die da planschen und spritzen, pfeifend und singend, umgeben von einem Kranz wohlwollender erwachsener Zuschauer“. Ein wahres Geschenk, denn die Badeanstalt kostet „ein Zehnerl Eintritt, das man erst haben muß, wenn man es ausgeben will“. Der gelobte Münchner Stadtrat reagiert auf die Hymnen unbeholfen und verlegen. Denn, so die Verlautbarung, er „hat gar nicht gewußt, was die Haidhauser Wirbelköpfe aus seinem Brunnen gemacht haben!“ Und weiter, die „Stadtverwaltung“ hat „es erst erfahren durch Zuschriften einiger galliger Umbewohner, die sich in ihrer Ruhe gestört fühlen, die nicht verstehen, daß diese kleinen blassen Körperchen, die trotz der Ferien ans Großstadtpflaster gebannt sind, sich ein wenig austollen wollen. Ruhestörung! Es war ein Irrtum. Der Brunnen ist mißverstanden worden von den Kindern, von den Zuschauern, sogar von dem wackeren Polizeimann, der schmunzelnd vorbeiging und ebenfalls dachte, es sei ganz in Ordnung so“. Im Gegenteil. „Die Haidhauser hatten das Waten einfach auf eigene Faust eingeführt“ und angesichts der „Hundstage“ die „amtliche Billigung“ vorausgesetzt, muss sich der Journalist von der Stadtverwaltung belehren lassen. Natürlich muss ein Schild her, eine „leuchtende Verbotstafel“ mit der Aufschrift „Waten und Baden verboten“. Die sarkastische, weder die Stadtverwaltung noch die Miesmacher schonende Reportage stammt aus der Feder des nachmaligen SZ-Chefredakteurs und Herausgebers der Münchner Abendzeitung, Werner Friedmann.

27. April 1932 – Die Universität erhebt erneut Anspruch auf das Maximilianeum

München-Haidhausen * Der Rektor der Universität erklärt gegenüber dem Kultusministerium, dass er die Ernennung des neuen Vorstands der Maximilianeum-Stiftung in Anspruch nehmen werde. Falls sich das Kultusministerium weigern würde, droht er mit Klage vor dem Verwaltungsgericht.

20. Juli 1932 – Es kommt zum sogenannten Preußenstaatsstreich



Berlin * An diesem Tag kommt es zum sogenannten Preußenstaatsstreich. Mit Vollmacht des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg setzt Reichskanzler Franz von Papen die sozialdemokratische Preußische Staatsregierung ab und ernennt sich selbst zum Reichskommissar für Preußen. Die preußischen Ministerien werden durch die Reichswehr besetzt und die Minister unter Gewaltandrohung aufgefordert, ihre Amtsräume zu verlassen. Preußen erhält den Status eines Reichslandes, das ohne eigene Regierung, von der Reichsregierung mit der linken Hand mitregiert wird. Das bedeutet das Ende der staatlichen Eigenexistenz Preußens, womit die diplomatische Vertretung an der Prinzregentenstraße überflüssig geworden ist. Die Schack-Galerie wird seither - bis zum Jahr 1939 - von der Berliner Schlösserverwaltung betreut. Mit dem Verschwinden der Preußischen Gesandtschaft geht aber auch ein Stück bayerische Eigenständigkeit verloren.

21. Februar 1933 – Hermann Göring will SPDler durch „national gesinnte“ Beamte ersetzen

Berlin * Hermann Göring will in den Polizeiverwaltungen in Preußen SPD-Mitglieder durch „national gesinnte“ Beamte ersetzen.

Oktober 1933 – Antrag auf Erneuerung der Außenfassade des Maximilianeums

München-Haidhausen * Der Verwaltungsausschuss der Universität München beantragt aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung einen Betrag von 500.000 Reichsmark zur Erneuerung der Außenfassade der Westfront des Maximilianeums.

10. Oktober 1934 – Angst um den Weiterbetrieb der Stiftung Maximilianeum

Berlin - München-Haidhausen * Das Kuratorium beim Kultusministerium stellt den Antrag auf Anerkennung der Stiftung Maximilianeum als studentisches Kameradschaftshaus. Man befürchtet, dass sonst der Weiterbetrieb der Stiftung gefährdet sei, nachdem die Universitäten und Fakultäten bereits Ende 1933 nach dem Führerprinzip reorganisiert worden waren und dadurch ernannte Rektoren und Dekane erhielten, womit zugleich die Selbstverwaltung durch den Senat ausgeschaltet wurde. Im Zuge dieser Maßnahmen kam es zu umfangreichen politisch motivierten Säuberungen des Personalstamms. Für die Entlassenen wurden junge Nationalsozialisten strategisch platziert.



30. Dezember 1936 – Das ehemalige Vereinsheim des TSV München-Ost wird verkauft

München-Obergiesing * Die NS-Stadtverwaltung verkauft das ehemalige Vereinsheim des Turn- und Sportvereins München-Ost mit allem Grund und Boden an die Optischen Werke C.A. Steinheil Söhne GmbH München, die in unmittelbarer Nähe eine Rüstungsfabrik betreibt.

1938 – Existenzvernichtung durch Sondersteuern

Berlin - München-Bogenhausen * Die wirtschaftliche Entrechtung der Juden beginnt mit dem Entzug von Vergünstigungen und führt über diskriminierende Sondersteuern - wie die „Judenvermögensabgabe“ von 1938 - zur völligen Existenzvernichtung. Die Finanzverwaltung spielt hierbei eine Schlüsselrolle. Mit bürokratischer Präzision vollzieht sie den als „Finanztod“ bezeichneten Prozess. Allein in Bayern werden schätzungsweise 474,4 Millionen Reichsmark eingezogen.

9. Juni 1938 – Die evangelische Matthäuskirche soll umgehend abgerissen werden

München - München-Ludwigsvorstadt * Gegen 18:00 Uhr wird auf einer Besprechung im Bayerischen Innenministerium dem Pfarrer Friedrich Loy mitgeteilt, dass die evangelische Matthäuskirche umgehend abgerissen werden soll. Um 22:00 berät die Kirchenverwaltung der Matthäuskirche, unter welchen Bedingungen sie sich zum Abbruch der Kirche bereit erklären kann.

10. Juni 1938 – Trotz Verhandlungen eine Abrissfirma beauftragt

München - München-Ludwigsvorstadt * Am Vormittag beschäftigt sich der Landeskirchenrat mit den Abrissplanungen der Matthäuskirche und bestätigt und ergänzt die Beschlüsse der Kirchenverwaltung der Matthäuskirche. In einer Besprechung im Innenministerium um 13 Uhr werden die Beschlüsse dargelegt. Am Abend wird die evangelische Gemeinde benachrichtigt, dass das Innenministerium bereits eine Abrissfirma beauftragt hat. Die Abbrucharbeiten sollen am 13. Juni beginnen.

17. September 1938 – Die neue Postwiese wird mit einem Kinderfest eröffnet



München-Haidhausen * Mit einem Kinderfest wird die fast 4 Tagwerk große neue Postwiese eröffnet, die sich seitdem bei alt und Jung großer Beliebtheit erfreut. Die Stadtverwaltung hat die Grube auffüllen und den Platz zu einem Spielplatz und zu einer Erholungsstätte für die Bevölkerung umgewandelt. Die Postwiese wird als erster ausschließlich für das Spielen eingerichteter Platz errichtet. Er ist die erste große Anlage mit einer räumlichen Gliederung in einzelne Spiel- und Aufenthaltsbereiche. Die Bepflanzung ist - gemessen an der Fläche von 11.720 Quadratmetern - eher spärlich. Drei Straßenseiten werden durch Hecken unter einer Lindenallee abgeschirmt, an der vierten Seite befinden sich vor den Häusern stattliche Säulenpappeln.

23. November 1938 – Die kommunale Selbstständigkeit der Feuerwehren endet

München - Mit dem Gesetz über das Feuerlöschwesen endet die kommunale Selbstständigkeit der Feuerwehren. Die Münchner Berufsfeuerwehr wird in die unter Reichsverwaltung stehende Feuerschutzpolizei integriert. Ab sofort sind die Uniformen und die Fahrzeuge grün.

2. September 1939 – Die evangelische Kirche steht hinter Hitlers Krieg mit Polen

München * Mit einem Aufruf des Geistlichen Verwaltungsrates stellt sich die evangelische Kirche hinter Hitler und seinen Krieg mit Polen.

4. Juni 1940 – Der erste Luftangriff auf München

München * Der erste Luftangriff auf München. München wird von sechs Luftangriffen heimgesucht. Diese bringen aber nur geringe Zerstörungen. Noch kursiert hier der Kinderreim: „Bomben auf Berlin / Rosen auf Wien / München wollen wir schonen / da wollen wir später wohnen“. Von einem Krisenbewusstsein ist nichts zu spüren und die zunehmende Mobilisierung für Luftschutzübungen werden von der Einwohnerschaft häufig nur als lästige Beeinträchtigung des gewohnten Lebensablaufes empfunden. Noch immer glauben die Münchner dem Propagandaminister Dr. Joseph Goebbels und dem Reichs-Luftmarschall Hermann Göring, die dem Volk versprochen haben, dass kein feindliches Flugzeug nach Deutschland durchkommen wird. Göring, der der Zivilbevölkerung den absoluten Schutz vor Bombenangriffen garantiert hat, will sogar „Meier“ heißen, sobald ein feindliches Flugzeug deutsches Territorium überfliegen würde. Kein Wunder, dass der Oberbefehlshaber der Luftwaffe im Volksmund bald nur noch der „Herr Meier“ war. Auch der



Name Tengelmann ist für ihn geläufig, „hatte er ja schließlich in jeder größeren Stadt Deutschlands eine Niederlage“. Die Münchner Stadtverwaltung macht sich dagegen mehr Gedanken und Sorgen, weil sie für München als Hauptstadt der Bewegung eine erhöhte Bombengefährdung sieht.

1941 – Der Untergiesinger Hochbunker

München-Untergiesing * An der Claude-Lorrain-Straße wird ein achteckiger, fensterloser Hochbunker gebaut, dessen Wände aus 2,40 Metern dicken Betonmauern bestehen, der nur über wenige Luftschlitze verfügt und in dem 450 Schutzsuchende Platz finden können. Der Münchner Stadtverwaltung ist inzwischen mehrfach bewiesen worden, dass das Abwehrfeuer aus den Fliegerabwehrkanonen, kurz Flak genannt, die alliierten Luftverbände nicht von den Bombenabwürfen abhalten kann. Deshalb setzt man jetzt auf Luftschutzräume, die angeblich Schutz vor jeder erdenklichen Gefahr bieten - so gegen Splitter detonierender Bomben und Geschosse sowie gegen den Einsturz eines Hauses. Als der sicherste Ort galt bei einem Luftangriff der Keller, dem angeblich auch Sprengbomben nichts anhaben können. Aber was macht man in einem Stadtviertel, in dem nicht jedes Haus über einen massiv gebauten Keller mit Luftschutzraum verfügt und durch seine Nähe zur Isar kein Keller sein konnte? Die Antwort sind die übers Stadtgebiet verteilten Hochbunker. Im Erbauungsjahr des Untergiesinger Hochbunkers - 1941 - werden keine Bombenabwürfe vermeldet.

24. Juni 1941 – Der Lebensborn e.V. erwirbt die Bürgermeister-Villa in Bogenhausen

München-Bogenhausen * Der Lebensborn e.V. erwirbt die Bürgermeister-Villa in der Ismaninger Straße 95 in Bogenhausen. Zu diesem Zweck genehmigt Heinrich Himmler die Aufnahme eines Kredits in Höhe von 750.000 RM. Die Villa wird zur Unterbringung von Lebensborn-Dienststellen gebraucht, die in der Herzog-Max-Straße 3-7 keinen Platz mehr haben. So zum Beispiel die Krankenkassenabteilung. In einem Rundschreiben vom 24. Juni 1941 wird die Eröffnung der Verwaltungsstellen als „Dienststelle Ismaningerstraße 95“ bekannt gegeben. Unter der Anschrift Ismaninger Straße 95 findet sich die einzige offizielle Eintragung des Lebensborn e.V. in einem Münchner Adressbuch.

19. November 1943 – Der Staat erwirbt das circa 30 Hektar große Maffei-Gelände

München-Englischer Garten - Hirschau * Der Staat erwirbt auf Druck der Bayerischen Verwaltung



der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen das circa 30 Hektar große Maffei-Gelände um 2,5 Millionen Mark.

29. April 1945 – Das Konzentrationslager Dachau wird befreit

Dachau * Am späten Nachmittag befreien die 45. und 42. Infanterie-Division der US-Armee rund 32.000 Insassen aus 31 Nationen aus den überfüllten Baracken des Konzentrationslagers Dachau. Anschließend nutzt die US-Militärverwaltung das Gelände zunächst als Internierungslager für NS-Funktionäre, später als Unterkunft für Heimatvertriebene. Zahlreiche Baracken werden umgebaut oder abgerissen. Ehemalige Häftlinge setzen sich deshalb dafür ein, das ehemalige Lager als authentischen Ort des Gedenkens und der Erinnerung zu bewahren.

Juni 1945 – Ein amerikanisches Offizierskasino im Künstlerhaus

München-Kreuzviertel * Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beschlagnahmt die amerikanische Militärverwaltung den gesamten Gebäudekomplex. Im weitgehend erhaltenen Westflügel richtet sie ein Offizierskasino ein, während im Keller mit der historischen Kegelbahn eine Snackbar entsteht.

19. September 1945 – Bayern wird wieder zum Staat

München * Die amerikanische Militärregierung verfügt mit der Proklamation Nr. 2 die Bildung der Verwaltungsgebiete Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern, „die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden“. Die von den Amerikanern im Rahmen ihrer Demokratisierungsbestrebungen eingesetzten bayerischen Staatsregierungen stehen aber unter der Oberhoheit der US-Militärregierung für Bayern. US-General Clay, erst stellvertretender, später oberster Militärgouverneur, schreibt später in seinen Memoiren: „Rückblickend meine ich, dass wir diese Aufgabe sicher als hoffnungslos angesehen hätten, wenn wir das chaotische Durcheinander voll überblickt hätten.“

2. Mai 1946 – „Platz der Opfer demokratischer Menschenverdummung“

München-Maxvorstadt * Die Benennung des „Platzes der Opfer des Nationalsozialismus“ sorgt bei Münchnerinnen und Münchnern, denen die „Befreiung“ offensichtlich als Niederlage erscheint,



für Unmut. In der Nacht zum 2. Mai wird eines der neuen Namensschilder abgeschraubt und an seiner Stelle eines mit dem Namen „Platz der Opfer demokratischer Menschenverdummung“ angebracht. Doch nicht nur die ehemaligen Täter - auch viele andere wollen keine Diskussion über die Verbrechen. Oberst James Kelly, „Vorsitzender der US-Verwaltung“, wünscht keine Aufarbeitung der Vergangenheit. Obwohl seine Aufgabe die Erziehung der Münchnerinnen und Münchner hin zur Demokratie ist, meint er, es ist angebracht, von der vergangenen Zeit überhaupt nicht mehr zu sprechen und sie und ihre Ereignisse nicht mehr dauernd zu erwähnen.

Die Vorbehalte bleiben bis in die heutige Zeit. Dennoch wird der Platz zunehmend dazu genutzt, eine Gedenkkultur in München zu etablieren.

9. Januar 1948 – Verhandlungen zur Übernahme des Maffei-Kraftwerks am Eisbach

München-Englischer Garten - Tivoli - Hirschau * Philipp Mathes, der Direktor der Kunstmühle Tivoli beginnt mit der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen über die Übernahme des Kraftwerks des ehemaligen Maffei-Kraftwerks am Eisbach zu verhandeln.

1. Juli 1948 – Der Auftrag für eine Verfassungsgebende Versammlung

Frankfurt am Main * Im Verwaltungsgebäude der I.G. Farbenindustrie in Frankfurt am Main, dem Sitz des US-amerikanischen Hauptquartiers, treffen sich auf Anweisung der drei Militärgouverneure der westlichen Siegermächte die elf westdeutschen Ministerpräsidenten. Ihnen wird - wie Befehlsempfänger - der Auftrag erteilt, bis zum 1. September 1948 eine „Verfassungsgebende Versammlung“ für die künftige Bundesrepublik Deutschland einzuberufen. Diese muss eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten schafft.

16. Dezember 1948 – Neugründung des Künstlerhaus-Vereins

München-Kreuzviertel * Im Jahr 1948 gründet sich der Künstlerhaus-Verein unter der Leitung von Professor Julius Diez neu. Vorrangiges Ziel ist es, das Künstlerhaus wieder seiner ursprünglichen Bestimmung als Ort der Kunst und Begegnung zuzuführen. Bis dieses Vorhaben verwirklicht werden kann, vergehen jedoch noch zehn Jahre, da das Künstlerhaus weiterhin von der amerikanischen Militärverwaltung genutzt wird. Im Westflügel befindet sich der Soldatenclub „The American Way“, der als Ort der Freizeitgestaltung und kulturellen Begegnung für US-amerikanische Soldaten dient und zugleich Teil der Demokratisierungs- und Kulturarbeit im



Nachkriegs-München ist.

Juli 1950 – Richard-Wagner-Straße 3 wird als Verwaltungsgebäude errichtet

München-Maxvorstadt * Das Gebäude in der Richard-Wagner-Straße 3 wird in Anlehnung an das Eckhaus an der Brienner Straße als Verwaltungsgebäude errichtet.

27. März 1954 – Protestmarsch gegen das Kaufhaus C&A Brenninkmeyer

München * Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben zu einem neuen Protestmarsch mobilisiert, den das Verwaltungsgericht wenige Stunden vor Beginn der Veranstaltung auf Antrag des Kaufhauses C&A Brenninkmeyer verbietet. Unabhängig davon setzt sich der Protestmarsch mit rund 2.000 Demonstranten von der Herzog-Wilhelm-Straße aus in Bewegung. Es kommt zur Eskalation mit der martialisch auftretenden Polizei, nachdem etwa fünfzig berittene Polizisten versuchen, die Demonstranten und Passanten in die Seitenstraßen abzudrängen. Mehrere hundert Polizisten gehen mit ihren Karabinern gegen die Menschen vor, schlagen zum Teil auf diese ein und nehmen 53 Demonstranten fest. Schaufensterscheiben gehen durch Polizeipferde zu Bruch. Der berühmt-berüchtigte Wasserwerfer steht bereit. Einige Demonstrantinnen und Demonstranten werden schwer verletzt, der Verkehr ist für Stunden unterbrochen, das normale Leben setzt erst in den Abendstunden wieder ein.

2. Februar 1955 – Wir sind die Cowboys von der Nockher-Ranch

München-Au * Der Cowboy Club München Süd bittet um Baugenehmigung für ein Behelfsclubheim. Auf dem der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Grundstück von Frau Ida Krone, „da dadurch das bisher durch Lausbubenstücke und von lichtscheuen Elementen heimgesuchte Gelände unter schärfere Kontrolle fällt und der Rasen und Baumbestand gepflegt wird. Korrektes und ruhiges Verhalten wird die Nachbarschaft nicht belästigen“. In einer Ranch will der Verein einen Clubraum, einen Museumsraum für die wertvolle Sammlung und einen Bibliotheksraum verwirklichen. Die Cirkus-Krone-Verwaltung genehmigt dem Cowboy-Club die Grundstücksnutzung für seine sportlichen und ideellen Zwecke, bis zum beabsichtigten Verkauf des Areals. Seither beherrschen Winnetou und Old Shatterhand den ehemaligen Schmederer-Garten. Eine alte Wehrmachtsbaracke wird mit Hilfe der Pschorrbrauerei und hoher Eigenleistung zur Ranch umgebaut. „Jeden Samstag und Sonntag sind 15 bis 20 Mann ganztägig



da. Rund 2.000 Arbeitsstunden werden freiwillig und gern von den Clubmitgliedern geleistet.“ In der Ranch befindet sich der kostbarste Besitz des C.C.M.S., das Indianermuseum. In ihm ist alles Zubehör und Kleidung zu finden, die einen Indianer ausmachen. Köcher aus Büffelleder, Federhauben, Friedens-Pfeifen, Brautmokassins, mit perlenbestickten, bunten Schuhsohlen, sowie Kriegsbeilen, wie sie wirklich waren: schlicht und einfach. In einem eigenen lateinamerikanischen Glaskasten befindet sich ein Schrumpfkopf.

7. Mai 1955 – Die Cowboys von der Nockher-Ranch

München-Au * Der Antrag des „Cowboy Clubs München von 1913 e.V. - C.C.M.“ zur Errichtung eines Clubheimes auf dem Nockherberg wird „wegen der barackenähnlichen Gestaltung“ zunächst abgelehnt. Als aber die Zirkus-Verwaltung dem Cowboy-Club die Grundstücksnutzung für seine sportlichen und ideellen Zwecke bis zum beabsichtigten Verkauf des Areals genehmigt, ist der Weg für die Nockherberg-Ranch geebnet. Seither herrscht ein Winnetou- und Old Shatterhand-Flair über dem ehemaligen Schmederer-Garten.

30. Mai 1955 – Das Wohnprojekt am Nockherberg wird verhindert

München-Au * Die Lokalbaukommission lehnt unter Hinweis auf das Landschaftsschutzgebiet die Planungen für das Wohnprojekt am Nockherberg ab. Außerdem wird über den Rahmen der früheren Bebauung hinaus keine Baugenehmigung erteilt. Dass die Bebauung mit 200 Wohnungen auf dem Nockherberg verhindert werden kann, liegt an einem notariellen Vertrag, den Franz Xaver Schmederer im Jahr 1903 rechtsverbindlich mit der Stadt München abgeschlossen hat. Dieser hindert die Stadtverwaltung bis heute daran, das Grundstück einer maximalen baulichen Nutzung zuzuführen.

27. September 1955 – Rückgabe des Künstlerhauses

München-Kreuzviertel * Die amerikanische Militärverwaltung gibt die seit zehn Jahren beschlagnahmten Räume des Künstlerhauses an die Eigentümer zurück. Die Rückgabe markiert einen wichtigen Schritt für den Wiederaufbau des kulturellen Lebens in München. Um weitere Schäden zu verhindern, lässt der Künstlerhaus-Verein zunächst ein Notdach über der Ruine des Hauptgebäudes errichten. Für den vollständigen Wiederaufbau fehlen jedoch die finanziellen Mittel. Als gemeinnütziger Verein verfügt er über kein eigenes Vermögen, sodass umfangreiche



Baumaßnahmen zunächst nicht möglich sind.

18. August 1956 – Die Räume am Lilienberg gehen an die Regierung von Oberbayern

München-Au * Das Landratsamt München übergibt ihre Räume am Lilienberg an die Regierung von Oberbayern, die in dem Haus die Verwaltung des Auswandererlagers unterbringt.

20. September 1958 – Philippine Winter wird Wiesnwirtin

München-Theresienwiese * Nachdem Karl Winter verstorben war, wird seine Witwe Philippine Wiesnwirtin der Fischer-Vroni, danach deren inzwischen verheirateten Töchter Eva Stadtmüller (Jahrgang 1935) und Anita Schmid (Jahrgang 1932). Die Beiden teilen sich die Aufgaben auf dem Oktoberfest auf. Eva kümmert sich um die Verwaltungsangelegenheiten, Anita steht in der Küche und überwacht jeden Teller, dass er sauber und vor allem ordentlich portioniert aus der Küche geht.

1963 – Das Verwaltungsgebäude des Studentenwerks und die Mensa

München-Schwabing * Bis 1970 werden im Nordostteil des Leopoldparks Verwaltungsgebäude des Studentenwerks und die Mensa für täglich 10.000 Essen konzipiert.

23. Juni 1966 – Beat-Veranstaltungen sind vergnügungssteuerpflichtig

München * Das Münchner Verwaltungsgericht verfügt, dass Beat-Veranstaltungen auch künftig vergnügungssteuerpflichtig sind, selbst wenn „durch die elektrische Tonverstärkung das Dargebotene nur als Lärm erscheint“.

1969 – Die Raulino Treuhand- und Verwaltungs AG kauft die Hildebrand-Villa

München-Bogenhausen * Die Raulino Treuhand- und Verwaltungs AG kauft die ehemalige Hildebrand-Villa in der Maria-Theresia-Straße 23 für 1,6 Millionen DMark.

1974 – Die Bayerische Landesbank kauft das Wittelsbacher Palais



München-Maxvorstadt * Das Gelände des Wittelsbacher Palais an der Brienner Straße 50 wird von der Bayerische Landesbank erworben. Dort entsteht ihre neue Verwaltungszentrale. Der erwartete Erlös von 50 Millionen D-Mark soll als Grundstock für ein später zu errichtendes Kulturhaus dienen. In diesem Zusammenhang ist auch die Realisierung eines Mahnmals für die Opfer des NS-Terrors vorgesehen. Damit beruhigen sich die öffentlichen Diskussionen zunächst. Das Vorhaben eines eigenständigen Mahnmals am historischen Standort der ehemaligen Gestapo-Zentrale wird vorerst ebenso zurückgestellt wie die Planungen für ein Kultur- und Volksbildungshaus.

30. Oktober 1980 – Gegen den Todesflughafen im Erdinger Nebelloch

München * Das Verwaltungsgericht entscheidet nach einem zwölfjährigen Widerstand gegen den „Todesflughafen im Erdinger Nebelloch“ für den sofortigen Vollzug des Baubeginns von München II im Erdinger Moos.

1981 – Ein Gedenkstein zur Erinnerung an Pater Alfred Delp

München-Bogenhausen * Die Vereinigung der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung stiftet einen Gedenkstein zur Erinnerung an Pater Alfred Delp. Die Bronzeplastik „Drei Jünglinge im Feuerofen“ befindet sich vor dem Pfarrhof.

1982 – Prostitution an den Stadtrand verdrängt

München * Unter dem CSU-Kreisverwaltungsreferenten Peter Gauweiler wird eine strenge Überwachung der Sperrbezirks-Verordnung eingeführt, mit der die offene Prostitution weitestgehend in die Stadtrandbereiche verdrängt wird. Gauweiler geht gegen Sex-Clubs, Peepshows und Gaststätten zweifelhaften Rufs vor. Infolgedessen ist fast im gesamten Münchner Stadtgebiet Prostitution jeglicher Form verboten, auf der Straße, wie auch in Wohnungen oder Hotels. Straßenstrich-Bereiche verlagern sich dadurch vor die Tore von München.

5. Mai 1983 – München startet einen Modellversuch mit bleifreiem Benzin

München * Die Stadtverwaltung startet mit 40 eigenen Fahrzeugen einen Modellversuch mit



bleifreiem Benzin.

25. September 1984 – Zwei kleine Männer rasen wie ungebremste Lokomotiven aufeinander

München-Theresienwiese * Günter Jauch, Journalist beim Bayerischen Rundfunk, findet heraus, dass in Richard Süßmeiers Armbrustschützenzelt aus einem Hirschen (200-Liter-Fass) 289 Mass Wiesnbier ausgeschenkt werden. Süßmeier nimmt das Ganze auf die leichte Schulter und macht sich darüber lustig. Peter Gauweiler, CSU-Stadtrat und Kreisverwaltungsreferent, geht gegen Süßmeier wegen betrügerischen Einschenkens vor. Der Wiesnwirt beruft daraufhin eine Pressekonferenz ein, verkleidet sich als Gauweiler und hängt Gauweiler-Plakate mit dem Schriftzug „Gauweiler sieht Dich!“, „Gauweiler paßt auf!“ und „Gauweiler is watching you!“ an die Zeltwände. Sein Schankkellner Biwi Wallner zeigt schließlich noch, wie man aus einem ganzen Hendl drei halbe Hendl machen kann. Dass er zuvor eine Hälfte hatte einnähen lassen, finden nicht alle lustig. Allen voran Peter Gauweiler. Bei der darauf folgenden einer Razzia in Süßmeiers Armbrustschützenzelt werden 23 „Verstöße gegen das Ausländerrecht“ festgestellt. Einige Hilfskräfte haben illegal gearbeitet. Süßmeiers Beteuerungen, er habe davon nichts gewusst, glaubt die Gegenseite natürlich nicht - und handelt: Gauweiler entzieht Süßmeier die Festzeltkonzession. Zwei Tage später wird mit Helmut Huber ein neuer Wirt eingesetzt.

23. Juli 1985 – Die „Lex Schuierer“ ermöglicht den Selbsteintritt

München-Haidhausen * Mit einer Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes schafft der Freistaat ein sogenanntes Selbsteintrittsrecht. Dadurch kann eine Aufsichtsbehörde Aufgaben einer nachgeordneten Behörde übernehmen. Im Fall der WAA kann die Regierung der Oberpfalz damit anstelle des Landratsamtes Schwandorf handeln und die verweigerten Genehmigungen erteilen. Kritiker bezeichnen die Gesetzesänderung als „Lex Schuierer“. Sie tritt am 1. August 1985 in Kraft.

11. November 1985 – Die Regierung der Oberpfalz entzieht dem Landratsamt die Zuständigkeit

Regensburg * Nachdem das Verwaltungsgericht Regensburg einen Eilantrag von Landrat Hans Schuierer zurückgewiesen hat, macht die Regierung der Oberpfalz vom neuen Selbsteintrittsrecht Gebrauch. Regierungspräsident Karl Krampol übernimmt anstelle des Landratsamtes Schwandorf die Zuständigkeit und unterzeichnet die von Schuierer verweigerten bau- und wasserrechtlichen Genehmigungen für die WAA. Die sogenannte „Lex Schuierer“ wird damit



erstmals – und bis heute einmalig – angewandt.

11. Dezember 1985 – Die Rodung des Taxöldener Forstes beginnt

Wackersdorf * Nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am Vortag einen Eilantrag gegen den Sofortvollzug der Genehmigung zurückgewiesen hat, beginnt die DWK mit der Rodung des Baugeländes im Taxöldener Forst. Ein massives Polizeiaufgebot sichert die Arbeiten gegen Proteste und Besetzungsversuche. Damit beginnt die sichtbare Umsetzung des WAA-Projekts.

1988 – Georg Welsch entdeckt den Vertragsbruch des Deutschen Alpenvereins

München-Lehel - Praterinsel * Kommunalreferent Georg Welsch entdeckt den Vertragsbruch des Deutschen Alpenvereins, der auf der Praterinsel statt eines Alpen Museums die Hauptverwaltung des DAV eingerichtet hat. Welsch droht dem Verein mit der ortsüblichen Miete.

19. Januar 1988 – Verwaltungsgerichtshof erklärt Bebauungsplan für nichtig

München-Maxvorstadt * Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof erklärt den Bebauungsplan „Westlicher Taxöldener Forst“ für nichtig. Die nuklearspezifischen Risiken der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage sind zwar erkannt, aber nicht ausreichend in die bauleitplanerische Abwägung einbezogen worden. Nach Auffassung des Gerichts dürfen diese Fragen nicht vollständig in das parallele atomrechtliche Genehmigungsverfahren verlagert werden. Das Urteil bedeutet jedoch keinen automatischen vollständigen Baustopp. Die Arbeiten auf dem WAA-Gelände werden auf der Grundlage bereits erteilter Einzelgenehmigungen fortgesetzt. Dennoch erhöht die Entscheidung die rechtliche Unsicherheit des Projekts erheblich.

1993 – Ein Wettbewerb für das Technische Rathaus

München-Berg am Laim * Ein Wettbewerb für ein Verwaltungsgebäude der Landeshauptstadt München an der Friedenstraße 40 wird ausgeschrieben.

1995 – Das Badehaus der Deutschen Eiche kann eröffnet werden



München-Isarvorstadt * Sonja Reichenbach, die Wirtin der Deutschen Eiche in der Reichenbachstraße 13, gibt auf. Das Lokal wird geschlossen. Die neuen Besitzer, Dietmar Holzapfel und Josef Sattler, bauen die Immobilie behutsam um. Das Badehaus der Deutschen Eiche, eine der schönsten und größten Schwulensaunen der Welt, kann eröffnet werden. Münchens Kreisverwaltungsreferent Hans-Peter Uhl lässt eine Woche vor der Eröffnung der Schwulensauna eine andere schließen. Auch sein Vorgänger Peter Gauweiler wollte die Münchner Homo-Szene ausmerzen.

September 1995 – Sepp Krätz übernimmt das Hippodrom auf dem Oktoberfest

München-Theresienwiese * Sepp Krätz, der Wirt der Waldwirtschaft in Großhesselohe, übernimmt das Hippodrom auf dem Oktoberfest. Krätz' Wiesn-Festzelt hatte keinen Ruf mehr zu verlieren - höchstens einen schlechten. Selbst der damalige Kreisverwaltungsreferent Hans-Peter Uhl stellte fest, dass dort „1000 Jahre Zuchthaus vereint und Zuhälter ein- und ausgegangen“ sind. Sepp Krätz muss - auch im Sinne der Stadtverwaltung - für Ordnung sorgen. Er macht das, indem er seine Wachleute mit Dobermännern und Feuerlöschern auf eine randalierende Meute losgehen lässt, die betrunken Einlass ins Zelt begehrt. Das aber führt erstmals zu einer Auseinandersetzung mit Oberbürgermeister Christian Ude. Der frisch gekürte Wiesnwirt führt in seinem Wirtzelt ein neues Reservierungs-System ein: Gäste, die mit einer Reservierung ins Zelt kommen, erhalten ein grünes Bändchen um den Arm, mit dem der Wiedereinlass garantiert ist, wenn sie mal das Zelt verlassen. Und dann gibt es noch die goldenen Armbändchen, die zu jeder Zeit den Gang ins Hippodrom sicherstellen. Es entzündet sich eine große Aufregung um diese „Drei-Klassen-Wiesn“. Sepp Krätz ist auch der erste Wiesnwirt, der in seinem Zelt eine Band statt einer Blaskapelle auftreten lässt. Und er ist einer der ersten, der dem ewigen Hendl-Schweinswürstl-Leberkäs eine hochwertige Küche entgegensetzt.

1996 – Der Umbau der E.ON-Verwaltung an der Brienner Straße beginnt

München-Maxvorstadt * Ein umfassender Umbau des Verwaltungsbau-Komplexes der E.ON an der Brienner-/Ecke Richard-Wagner-Straße beginnt. Nach Abbrucharbeiten entsteht ein neues viergeschossiges Bürogebäude, das diagonal auf eine erdgeschossige Hofplatte gestellt wird. Durch die Schrägstellung des Gebäudes entstehen zwei Freiräume. Ein überdachter ganzjährig nutzbarer, 950 qm großer Innenhof, die sogenannte „Piazza“. Auf der anderen Seite des Gebäudes entsteht ein Garten. Unter der Hofplatte liegen die Tiefgarage, das Archiv und die Technikräume.



9. Dezember 1997 – Richtfest am Technischen Rathaus an der Friedensstraße

München-Berg am Laim * Das Technische Rathaus an der Friedensstraße 40 kann sein Richtfest feiern. Dabei sagt Baureferent Horst Haffner: „Es entsteht kein protziger Verwaltungsbau, aber auch kein trauriger Behördensilo.“ Neben den 1.162 Büros, in denen rund 1.800 Beschäftigte arbeiten, befinden sich ein Kindergarten, eine Krippe, eine Kantine und eine Cafeteria. Auf dem Dach des 63 Meter hohen Turms wird ein Rotor mit einem Durchmesser von zwölf Metern angebracht. Er hat ein Gewicht von sechs Tonnen und erzeugt eine elektrische Energie von vierzig Kilowatt. Das Windrad kommuniziert mit einer sich drehenden Landschaft im Innenhof des Technischen Rathauses. In einer Stunde eine Runde. Das Windrad entsteht als Kunst am Bau und im öffentlichen Raum. Auch dazu wird ein internationaler Wettbewerb ausgelobt. Fünfzehn renommierte Künstler haben ihre Vorschläge eingereicht. Den Zuschlag hat der Entwurf des Studios Vito Acconci aus New York erhalten.

1999 – Die Totengräber vom Ostfriedhof erlangen Kultstatus

München-Obergiesing * Die Totengräber vom Ostfriedhof erlangen Kultstatus. Als „Boandlkramer-Connection“ singen sie täglich in der „Shitparade“ von Radio Gong das Lied „Drei weiße Tauben und ein Gewehr, drei weiße Tauben, die scheißen nicht mehr. Guru, guru“. Als einem Hörer dieser Erfolg zu viel wird, verspricht er für jede Gegenstimme ein Weißbier. Gleich darauf meldet sich der Fußball-Spieler Markus Babbel und bietet - im Namen des FC Bayern - für jede Ja-Stimme zwei Träger Weißbier. Als die Totengräber im September 1999 ein falsches Grab ausheben, kommt es zum Karriereknick, da der Leiter der Friedhofsverwaltung den „Boandlkramern“ ein Singverbot erteilt. Doch nun gehen die Radio Gong-Hörer auf die Barrikaden. Binnen vier Tagen fordern 12.000 Hörer auf Unterschriftslisten die Rückkehr der singenden Totengräber. Und nach kaum einer Woche sind sie wieder Live On The Air zu hören.

Bald werden die Bestatter und Aufbahrer durch die ganze Bundesrepublik gereicht. Sie sangen auf der Wiesn im Bierzelt, bei Stefan Raab im Fernsehen und bei der SpVVg Unterhaching in der Halbzeitpause.

2003 – Stadtverwaltung lehnt Trümmerfrauen-Denkmal ab

München * In der Städtischen Verwaltung wird über die Aufstellung eines Trümmerfrauen-Denkmal beraten. Die Mehrheit lehnt dieses Vorhaben mit nachstehender Begründung ab: „Die im Antrag genannten Trümmerfrauen gab es in München nicht. Herangezogen wurden in der Regel arbeitsfähige Männer. Dabei ist besonders zu beachten, dass



man die Trümmerbeseitigung direkt nach dem Krieg vor allem ehemaligen Nationalsozialisten als Sühneleistung auferlegt hat“.

11. Juli 2007 – Anwohnerklage gegen Straßenumbenennung abgewiesen

München-Waldtrudering * Das Verwaltungsgericht München weist die Klagen des damaligen Truderinger Bezirksausschuss-Vorsitzenden und weiterer Anwohner zur Umbenennung der Von-Throta-Straße in Hererostraße endgültig ab.

September 2008 – 6.483 Lebensmittel- und Hygienekontrollen auf dem Oktoberfest

München-Theresienwiese * 6.483 Lebensmittel- und Hygienekontrollen werden von sieben Mitarbeitern des Kreisverwaltungsreferats durchgeführt. Es geht um die Einhaltung der einschlägigen Lebensmittelvorschriften und -vorgaben. 703 Beanstandungen werden verzeichnet.

November 2010 – Die Wiedereröffnung des Deutschen Theaters verzögert sich

München-Ludwigsvorstadt * Die Wiedereröffnung des Deutschen Theaters ist nun für Oktober 2012 geplant. Doch auch dieser Termin ist nicht sicher. Zur Not muss das Theater halt bis April 2013 in seinem Zelt bleiben, heißt es in einem Papier der Stadtverwaltung. Theater-Chef Werner Steer braucht aber einen klaren Umzugstermin, „denn wir müssen die Eröffnungsproduktion bereits jetzt planen“.

Mai 2011 – Der Umzugstermin für das Deutsche Theater verzögert sich erneut

München-Ludwigsvorstadt - München-Fröttmaning * Nun wird der Umzugstermin für das Deutsche Theater im April 2013 offiziell. Die Stadtverwaltung genehmigt weitere zwei Millionen Euro für den längeren Zelt-Betrieb in Fröttmaning.

13. März 2014 – Sepp Krätz handelt mit dem Landgericht einen Deal aus

München * Sepp Krätz handelt mit dem Landgericht München einen Deal aus. Vor Gericht gibt der Wiesnwirt Steuerverkürzungen zu. So hat er in seinem Wiesenzelt



Hippodrom rund 988.000 Euro und in seinem Innenstadtlokal Andechser am Dom etwa 115.000 € Steuern hinterzogen. Im Gegenzug sichert ihm das Gericht eine Freiheitsstrafe von eineinhalb bis maximal zwei Jahren auf Bewährung zu. Der Prozess geht weiter. Für den Erfolgsgastronomen Krätz kann das - durch die Entziehung der Schankkonzession durch das Kreisverwaltungsreferat - dennoch das Aus als Wiesnwirt, für die Genehmigung zum Frühlingsfest und für die Schankkonzession im Andechser am Dom bedeuten.

14. März 2014 – Hoeneß verzichtet auf eine Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht

München * Uli Hoeneß weist nach seiner Verurteilung im Prozess wegen 28,46 Millionen Euro hinterzogenen Steuern seine Anwälte an, auf eine Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht zu verzichten. Gleichzeitig legt er seine Ämter als Präsident und Aufsichtsratsvorsitzender des FC Bayern nieder. Er muss damit seine dreieinhalbjährige Haftstrafe in der Justizvollzugsanstalt Landsberg antreten.

28. März 2014 – Sepp Krätz erhält eine Bewährungs- und eine Geldstrafe von 570.000 €

München * Sepp Krätz wird von der Wirtschaftsstrafkammer am Landgericht München I in 36 Fällen wegen Steuerhinterziehung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 570.000 Euro verurteilt. Das Kreisverwaltungsreferat hat dem Wiesnwirt vom Hippodrom bereits mitgeteilt, dass er nicht mehr auf's Frühlingsfest darf und seine Schanklizenz für seine Wirtschaft Andechser am Dom verlieren wird. Weil er dadurch kein Wirt mehr ist, kann er sich auch nicht für's Oktoberfest bewerben.

8. April 2014 – Das Nacktbaden in der Stadt wird in 5 Bereichen zugelassen

München * Nachdem das Bayerische Innenministerium im Herbst 2013 die Badeverordnung hat auslaufen lassen, endet in Bayern auch der darin enthaltene „Zwang zur Badekleidung“. Das Münchner Kreisverwaltungsreferat will das Nacktbaden in der Stadt auf insgesamt fünf Bereiche festschreiben. Das sind jene Orte, an denen der hüllenlose Bade- und Sonnengenuss auch bisher schon erlaubt war und deren Adressen sich seit Jahren in diversen Reiseführern wiederfinden. Gerade die Nackerten im Englischen Garten sind - vor allem bei Besuchern aus Ländern, in denen solche textilfreien Zonen als „unsittlich“ gelten - eine bekannte



Touristenattraktion. Und das sind die künftigen Nackerten-Paradiese: Im Englischen Garten auf der Schönfeldwiese hinterm Haus der Kunst, innerhalb des Ovals der Reitbahn. Die sogenannte „Poebene“. In der Schwabinger Bucht, zwischen Sulzbrücke und Alte-Heide-Steg im nördlichen Teil des Englischen Gartens. Am Ostufer der Isarinsel Oberföhring. Bei Maria Einsiedel im westlichen Hochwasserbett der Isar. An der Brudermühlbrücke im östlichen Hochwasserbett der Isar bis hinauf zur Braunauer Eisenbahnbrücke. Am Südufer des Feldmochinger Sees dürfen die Münchner auch künftig auf ihre Badekleidung verzichten. Und selbst am Flaucher, dem Nacktbadestrand Nummer Eins, an dem bisher - sehr zur Verwunderung der Stadtpolitiker - Textilzwang bestand, dürfen jetzt offiziell die letzten Hüllen fallen.

14. April 2014 – Sepp Krätz zieht seinen Antrag für das Frühlingsfest zurück

München-Theresienwiese * Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz zieht seinen eigenen Antrag auf Gestattung für das Frühlingsfest zurück. Statt ihm sollen seine Ehefrau Tina Krätz und seine Schwester Johanna Bary das Hippodrom betreiben. Das Kreisverwaltungsreferat - KVR stimmt dem Antrag zu. Ob Sepp Krätz seine Schankkonzession und damit seine Zukunft als Wirt des Andechser am Dom weiter behalten kann, entscheidet das KVR nach Ostern. Erst Anfang Mai will das Landratsamt über die Zukunft seiner Konzession als Wirt der Waldwirtschaft in Großhesselohe entscheiden.

20. April 2014 – Die Abbrucharbeiten um den denkmalgeschützten Zacherlbau beginnen

München-Au * Die Abbrucharbeiten an den Gebäuden um den denkmalgeschützte Fassade des Zacherlbaus an der Ohlmüllerstraße haben begonnen. Auf dem Gelände soll der neue Verwaltungsbau der Paulaner-Brauerei untergebracht werden. Lediglich die historische Fassade und die Kellergewölbe müssen erhalten werden.

25. April 2014 – Das Frühlingsfest-Hippodrom wird von Sepp Krätz' Ehefrau betrieben

München-Theresienwiese * Beim Frühlingsfest auf der Theresienwiese wird das Hippodrom nicht mehr vom Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz, sondern von dessen Ehefrau Tina Krätz und seiner Schwester Johanna Bary betrieben. Die beiden Damen stehen inzwischen auch an der Spitze der Hippodrom Oktoberfest OHG.



6. Mai 2014 – Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz klagt gegen den Entzug seiner Schanklizenz

München * Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz klagt gegen den Entzug seiner Schanklizenz zum 1. Juni für den Andechser am Dom gegen das Kreisverwaltungsreferat. Sepp Krätz' Rechtsbeistand ist Peter Gauweiler.

19. Mai 2014 – Sepp Krätz erreicht vor dem Verwaltungsgericht einen Etappensieg

München * Der Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz hat vor dem Verwaltungsgericht einen Etappensieg errungen und darf seinen Andechser am Dom über den 1. Juni hinaus gemeinsam mit seiner Tochter betreiben. Mit dem juristischen Sieg hat Krätz den Sofortvollzug ausgehebelt. Bis zu einem abschließenden rechtskräftigen Urteil wird es noch Monate dauern.

19. Mai 2014 – Markus Söder eröffnet das Jubiläum des Englischen Gartens

München-Englischer Garten - Lehel * Heimatminister Markus Söder eröffnet am Chinesischen Turm - als Chef der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen - an diesem absolut unhistorischen Datum - die Feierlichkeiten zum 225. Jubiläum des Englischen Gartens.

20. Mai 2014 – Das KVR legt beim Verwaltungsgerichtshof Beschwerde ein

München * Das Kreisverwaltungsreferat legt beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Beschwerde ein, nachdem das Verwaltungsgericht in einem Eilverfahren entschieden hat, dass der Andechser am Dom des Ex-Wiesnwirts Sepp Krätz bis zum abschließenden Urteil über den Entzug der Konzession geöffnet bleiben darf. Doch das könnte Jahre dauern. Damit, so das Kreisverwaltungsreferat, würde das Gaststättenrecht „zum stumpfen Schwert“ gemacht.

23. Juni 2014 – Schärfere Regelungen für die etwa 1.000 Wiesn-Ordner

München-Theresienwiese * Das Kreisverwaltungsreferat - KVR will für die etwa 1.000 Wiesn-Ordner schärfere Regeln einführen. Jeder muss gut sichtbar einen Ausweis mit dem Namen des Ordners, Foto, Ordernummer, Name der Sicherheitsfirma und dem amtlichen Siegel



der Stadt tragen. Bei Verstößen drohen hohe Bußgelder. Außerdem werden die Security-Firmen verdonnert, nur Mitarbeiter auf die Wiesen zu schicken, „die in rechtlicher und fachlicher Hinsicht geschult, körperlich geeignet sowie der deutschen Sprache mächtig sind“. Die Schulungen müssen speziell auf den Wiesen-Einsatz zugeschnitten sein und ihren Schwerpunkt im Bereich Deeskalation und Gewaltprävention haben.

8. Juli 2014 – Der Verwaltungsgerichtshof entzieht Sepp Krätz endgültig die Konzession

München * Der Verwaltungsgerichtshof entzieht dem Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz endgültig die Konzession für den Andechser am Dom. Schließen muss der Andechser aber nicht. Sepp Krätz wird zwar als Geschäftsführer ausscheiden, seine Tochter, die seit Längerem schon mit ihrem Vater gemeinsam an der Spitze der Wirtschaft steht, wird das Lokal weiter betreiben. Die Stadt will dieses Modell akzeptieren, wenn Krätz schriftlich erklärt, dass er seiner Tochter keine Weisungen erteilen wird. Das Hauptsacheverfahren läuft noch weiter. Bis zur Urteilsverkündung kann es noch Jahre dauern. Offen ist auch noch, wie es mit der Waldwirtschaft in Großhesselohe weitergeht. Das Verfahren wird beim zuständigen Landratsamt geführt. Die Entscheidung steht noch aus.

25. Januar 2016 – Paulaner und der Nockherberg gehören zusammen

München-Au * Für die neue Hauptverwaltung der Paulaner-Brauerei in der Ohlmüllerstraße 42 kann sein Richtfest feiern. Der kaufmännische Geschäftsführer Stefan Schmale betont dabei: „Paulaner ist in der Au geboren, Paulaner gehört hierher.“ Bis zum 15. November 2016 soll das Gebäude schlüsselfertig übergeben werden. Danach können die rund 300 Beschäftigten der Paulaner-Hauptverwaltung ihre Büros beziehen.
